EXTRABLATT

Lesen, wie es wirklich ist!

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2019

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Das Erfolgsmodell Schweiz 3

Interview mit alt-Bundesrat Christoph Blocher

Masseneinwanderung 6 - 7

Arbeit muss sich wieder lohnen!

Kanton Luzern 9 - 20

Alles Wissenswerte zu den Nationalrats- und Ständeratswahlen

Für eine freie und sichere Schweiz

Unabhängigkeit, Wohlstand und persönliche Freiheit, aber auch Sicherheit müssen immer wieder neu erkämpft werden. Nur so können wir unsere schöne und einmalige Schweiz mit ihren Werten und Tugenden erhalten. Es ist naheliegend, dass viele am Wohlstand der Schweiz teilhaben wollen. Auch die zentralistische EU. Wer jedoch will, dass die Schweiz Schweiz bleibt, geht am 20. Oktober an die Urne und wählt SVP.

Die Konsequenzen der ungesteuerten Massen-Zuwanderung von einer Million mehr Menschen in den letzten 13 Jahren sind für unsere Bürgerinnen und Bürger täglich spürbar: Staus auf den Strassen, herumlungernde, betrunkene und gewalttätige Asylsuchende und jugendliche Migranten sowie verbaute Grünflächen, steigende Gesundheits- und Sozialhilfekosten. Respektlosigkeit und Gewaltandrohung gegenüber Polizisten, Lehrerinnen, Pflegefachfrauen, Sozialarbeiterinnen und jungen Frauen im Ausgang sind an der Tagesordnung. Verunsicherung wird aber auch ausgelöst durch die Sorge um den Arbeitsplatz, den Lohn und die Zukunft unserer Kinder.

Für eine sichere und freie Zukunft des Landes braucht es deshalb mehr SVP in Parlament und Bundesrat. Entsprechend wichtig sind die National- und Ständeratswahlen 2019. Mit dem Slogan «Frei und sicher» bringt die SVP ihr Programm auf den Punkt: die Stärkung der Identität der Willensnation Schweiz. Wir setzen uns für unsere Heimat ein. Wir halten Wort und versprechen der Schweiz keine Unterwerfung unter die EU. Nur die SVP setzt sich für die Steuerung der Zuwanderung ein sowie für die Stärkung des arbeitenden Mittelstands durch tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren und weniger Vorschriften. Um dies zu erreichen, muss die SVP die mit Abstand stärkste Partei bleiben.

Alles zu den Nationalrats- und Ständeratswahlen im

Kanton Luzern Seite 9 - 20

Haben Sie Fragen zu den Wahlen?

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.

Gratis-Hotline:
0800 0 1291 0

Täglich von 09.00 bis 18.00 Uhr sind wir für Sie da.

Fragen per Mail:
wahlen@svp.ch

Kommentar

Sie entscheiden!

Albert Rösti
Präsident SVP Schweiz

Bereitet Ihnen der Ausverkauf des Erfolgsmodells Schweiz und unserer Heimat Sorge? Haben Sie genug von der grenzenlosen Einwanderung, von den vielen Asylanten, die in der Schweiz nur ein angenehmeres Leben suchen, oder von der ausufernden Kriminalität? Die Medien verschweigen, wie es wirklich ist. Wahr ist, dass die unkontrollierte Zuwanderung unsere Gesellschaft dramatisch verändert. Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen ist es bei all den fremdsprachigen Schülern schwierig, Lernziele zu erreichen.
Die SVP will das stoppen und die Zuwanderung beschränken. Alle anderen Parteien und Verbände inklusive Gewerkschaften werden einer EU-Teil-

Fortsetzung auf Seite 2

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

mitgliedschaft der Schweiz zustimmen und damit unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aufgeben – auch bei der Zuwanderung.
Oder haben Sie genug, weil die in Bern sowieso machen, was sie wollen? Sie können das alles ändern. Sie können am 20. Oktober 2019 mit Ihrer Stimme dazu beitragen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse verschieben und Ihre Anliegen in ausländer- und europapolitischen Fragen endlich umgesetzt werden.
Der 20. Oktober 2019 ist eine Richtungswahl. Dann entscheiden wir Schweizerinnen und Schweizer über die Zukunft unseres Landes – und das nicht nur für die nächsten vier Jahre. Sie entscheiden! Wenn Sie ein klares Zeichen gegen die masslose Zuwanderung setzen wollen, wenn Sie keine stärkere Anbindung der Schweiz an die EU wollen, wenn Sie wollen, dass die Schweiz ein selbstbestimmtes, sicheres und freies Land bleibt, dann wählen Sie am 20. Oktober SVP.

Albert Rösti

Albert Rösti,
Präsident SVP Schweiz

Unsere Bundesräte zur Zukunft der Schweiz

Guy Parmelin

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

Ehemaliger Landwirt und Winzer

Ueli Maurer

Bundespräsident, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)

Ehemaliger Geschäftsführer Zürcher Bauernverband

Was ist die wichtigste Herausforderung für die Schweiz in den nächsten Jahren?
Ueli Maurer: Wir hatten jetzt wirtschaftlich eine sehr gute Zeit. Da wird man etwas sorglos. Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da. Das Gleiche gilt für die Regulierung. Wenn es gut läuft, glaubt man, man könne den Unternehmen beliebig Vorschriften machen und Lasten aufbürden. Die grosse Herausforderung ist, dieser Versuchung zu widerstehen. Wenn wir mit unserem Geld verantwortungsvoll

> «Viele haben das Gefühl, es sei Geld für alles da.»

umgehen und unseren Leuten und Unternehmen nicht ständig neue Vorschriften machen, dann kommt es gut!

Guy Parmelin: Die Schweiz muss wirtschaftlich konkurrenzfähig bleiben, damit der Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt. Dazu müssen sich die Unternehmen jeglicher Grösse und Ausprägung entfalten können. Das heisst möglichst wenig administrative Belastungen und möglichst viel unternehmerischer Freiraum. Das bedeutet aber auch, Sorge zu tragen zu einer guten Berufsbildung, um für die stetigen Veränderungen im Arbeitsmarkt gerüstet zu sein.

Sie kommen mit vielen Leuten in Kontakt, wo drückt der Schuh am meisten?
Ueli Maurer: Viele haben den Eindruck, dass sie langsam und schleichend ihre Heimat verlieren, dass sie im eigenen Land nicht mehr richtig zu Hause sind, dass in Frage gestellt wird, was ihnen wichtig ist. Und ich höre immer wieder: «Aber denen in Bern ist das egal.» Das sorgt für Frustration; man fühlt sich ignoriert oder sogar als «Rassist» in die Extremisten-Ecke gestellt. Wir müssen wieder offen über Probleme reden können, sonst steht die Glaubwürdigkeit der Politik auf dem Spiel.

Guy Parmelin: Viele Menschen beklagen sich, dass ihnen, trotz enormen Anstrengungen im Beruf nicht mehr im Portemonnaie bleibt. Das relativ schwache Produktivitätswachstum und zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge. Hier müssen wir

> «Zusätzliche Belastungen, die das Leben verteuern, bereiten den Leuten Sorge.»

ansetzen und bei unseren politischen Entscheiden vorab die Lebensqualität der Menschen im Auge behalten.

Frei
und
sicher.

SVP wählen!

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

www.svp.ch

Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'059'604 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, Shutterstock, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Freiheit und Sicherheit statt Gleichmacherei und Umverteilung

Von Thomas Aeschi, Nationalrat und Fraktionspräsident, Baar (ZG)

Wofür steht die Schweizerische Volkspartei? Für eine Schweiz in Sicherheit und Freiheit. Für eine selbstbestimmte, unabhängige und neutrale Schweiz mit einer gelebten direkten Demokratie und einem ausgeprägten Föderalismus. Für eine Schweiz, in welcher jeder Bürger eigenverantwortlich handelt und den Staat möglichst wenig beansprucht. Für eine Schweiz mit einem starken Mittelstand, der tagtäglich zur Arbeit fährt und seine Kinder selbst erzieht.

Doch was wollen die Sozialisten aller Parteien? Sie wollen einen noch grösseren und noch mächtigeren Staatsapparat, in dem die Beamten in Bern – es sind heute schon mehr als 35'000 – dem Bürger vorschreiben, wie er sein Leben zu gestalten hat. Und in dem Steuern, Abgaben und Gebühren immer noch weiter wachsen müssen, um für den immer noch grösseren Staatshaushalt aufzukommen. Sie wollen immer noch mehr Gleichmacherei und Umverteilung – dies auf Kosten des arbeitenden und steuerzahlenden Mittelstandes.

Das will die SVP nicht. Wir wollen, dass auch künftige Generationen in einer freien und selbstbestimmten Schweiz in Frieden und Wohlstand leben dürfen.

Bald noch weniger im Portemonnaie?

Hier erfahren Sie, wie der rot-grüne Raubzug auf Ihr Geld konkret aussieht:

Mehrkosten pro Haushalt und Jahr

Höhere Benzinpreise: ***Zusätzlich 12 Rappen pro Liter!***
Aufs Jahr hochgerechnet macht dieser Preisaufschlag für einen Familien- und Pendlerhaushalt bei 20'000 km im Jahr und einem Verbrauch von ca. 9 Liter/100 km rund Fr. 270.– aus. ***plus Fr. 270.–***

Zusätzliche CO_2-Abgaben für Heizöl: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, die Öko-Abgabe pro Tonne CO_2 auf Fr. 210.– oder von 25 Rappen ***auf 54 Rappen pro Liter Heizöl zu verdoppeln!***
Das ergibt für einen Haushalt in einer Mietwohnung von 100 m² und einem durchschnittlichen Verbrauch von 21 l/m²/Jahr einen Zuschlag von Fr. 1'134.–. ***plus Fr. 1'134.–***

Flugticketabgabe von 30 bis 120 Franken pro Flug:
Beispielflug nach London für eine vierköpfige Familie statt Fr. 400.– ***neu Fr. 600.– bis 800.–!*** ***plus Fr. 400.–***

Verbot von Ölheizungen: Die Umweltkommission des Ständerates hat beschlossen, dass bestehende Bauten nur noch massiv weniger Emissionen ausstossen dürfen. Das lässt sich praktisch nur mit einem Verbot von Ölheizungen erreichen. Die auf die Mieter abgewälzten Umrüstungskosten betragen im Durchschnitt ***Fr. 1'128.–!*** ***plus Fr. 1'128.–***

«Das Erfolgsmodell der Schweiz heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung»

EU-Rahmenvertrag – Personenfreizügigkeit – Zukunft der Schweiz – Bedeutung der Nationalratswahlen – Greta Thunberg. EXTRABLATT sprach mit alt Bundesrat Christoph Blocher über die aktuellen Herausforderungen der Schweiz.

Warum geht es der Schweiz wirtschaftlich besser als anderen Ländern?
Weil die Schweiz einen Vorsprung an Freiheit, Sicherheit und Selbstverantwortung hat. Ihr Erfolgsmodell heisst Weltoffenheit in Selbstbestimmung. Darum ist die Schweiz nicht Mitglied der EU. Dieses Erfolgsmodell soll jetzt unterwandert oder sogar zerstört werden. Ich bin sehr besorgt!

Die Wirtschaft läuft und läuft, die Menschen haben Arbeit… und Sie sorgen sich um die Schweiz?
Menschen, Unternehmen und Länder ruinieren sich in guten Zeiten.

Die Schweiz exportiert doch viel ins Ausland. Muss sie da nicht globalisierter werden, sich der EU anpassen?
Swatch-Chef Nick Hayek sagt es am deutlichsten: Die Schweiz müsse sich sicher nicht den Rahmenbedingungen

der EU anpassen. Die EU solle sich denen der Schweiz annähern. Das stimmt: Wir haben objektiv die besseren Rahmenbedingungen.

Aber mit dem Rahmenvertrag müssten wir ja nicht der EU beitreten, sondern nur an die EU andocken.
Der Rahmenvertrag will, dass die EU für die Schweiz die Gesetze erlässt – auch gegen den Willen der Schweizer Bürger. Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen? Mit Ausnahme der SVP wollen dies alle anderen Parteien!

Und Wirtschaftsverbände, auch Manager, wollen den Vertrag unterzeichnen.
Ja, leider! Obwohl sie wissen, dass dieser Rahmenvertrag die Schweiz in die EU führt. Nein, wer einen solchen Vertrag unterzeichnen will, hat entweder den Vertrag nicht gelesen oder verfolgt rücksichtslos eigene Geld- und Machtinteressen auf Kosten unseres Landes und unserer Wohlfahrt.

Nicht nur die Wirtschaftsverbände, auch Universitäten und Studenten sind für einen Rahmenvertrag.
Ja, ja. Diese wollten uns schon 1992 in die EU treiben. Jugendliche Visionsfreude in Ehren, aber Erfahrung und Vernunft zeigen hier einen anderen Weg. Das Volk hat zum Glück schon 1992 Nein zum EU-Beitritt gesagt.

Aber der Bundesrat sagt, ohne einen Rahmenvertrag werden wir in der EU diskriminiert werden.
Das ist dummes Zeug. Damit droht man uns seit 30 Jahren. Die EU exportiert mehr in die Schweiz als die Schweiz in die EU. Einen derart guten Kunden diskriminiert keiner.

Sehen Sie das nicht alles zu schwarz?
Nein, mit diesem Unterwerfungsvertrag würde die EU nicht nur für die Schweiz die Gesetze machen. Im Streitfall würde auch der EU-Gerichtshof entscheiden. Wir Schweizer müssten uns zu fremdem Recht und zu fremden Richtern verpflichten. Wollen wir wirklich – auch gegen unseren Willen – dass beispielsweise unsere Verkehrspolitik durch die EU bestimmt wird? Soll die EU unsere Landwirtschaftspolitik bestimmen? Oder darüber, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat? Soll die EU bestimmen, wie wir unsere Kantonalbanken organisieren? Oder unsere Steuern? Wie viele Milliarden sollen wir – auch gegen unseren Willen – an die EU zahlen?

> «Wie weit müssen Politiker gesunken sein, die einen solchen Unterwerfungsvertrag wollen?»

Kann sich die Schweiz dem überhaupt entziehen?
Sicher. Wenn die Schweiz will und es klar zum Ausdruck bringt, ist das einfach! Die Schweiz hat schon viel härtere Zeiten überstanden, ohne sich aufzugeben.

Wie soll es mit der Schweiz ohne dieses Abkommen weitergehen?
Ganz einfach: Wie bisher den bewährten schweizerischen Weg gehen. Weltoffen sein – aber die Staatssäulen nicht preisgeben. Die schlechten Tage stehen bereits vor der Tür. Die Geschichte zeigt: Wir werden diese am besten überstehen, wenn wir uns treu bleiben!

Mit der Begrenzungsinitiative will die SVP die Personenfreizügigkeit beenden – die Gegner sagen, das schade der Wirtschaft.
Diese Initiative will endlich die exzessive Zuwanderung begrenzen. Die Zuwanderung soll eigenständig gesteuert werden, so wie es das Schweizer Volk und die Kantone beschlossen haben. Die rücksichtslose Classe politique hat

den Verfassungsauftrag jedoch machtbesoffen missachtet und sogar ins Gegenteil verkehrt. Die EU hat sich bisher geweigert, zu verhandeln. Das verlangt nun die Begrenzungsinitiative. Nur wenn die EU nicht Hand bietet, muss die Kündigung der Personenfreizügigkeit in Kauf genommen werden. Das schadet der Wirtschaft nicht. Die Berufsleute, die man in der Schweiz braucht, werden weiterhin kommen, das gilt auch für Grenzgänger. Da können wir von der Wirtschaft beruhigt sein!
Nicht mehr möglich sein soll dagegen all die missbräuchliche Zuwanderung, die zu Erwerbslosen und horrenden Sozialkosten führt. Schon heute hat die Schweiz dank der unbeschränkten Personenfreizügigkeit und der verantwortungslosen Asylpolitik – sogar bei guter Wirtschaftslage – eine höhere Arbeitslosenquote als Deutschland! Jetzt wackelt die gute Wirtschaftssituation. Müssen wir warten, bis die Schweiz in der Arbeitslosigkeit versinkt? Ich finde, nein, wir sollten endlich handeln.

Aber die Schweiz braucht doch Fachkräfte aus dem Ausland – wie soll dies ohne Personenfreizügigkeit geregelt werden?
Wenn man die Fachkräfte in der Schweiz nicht findet, dann können sie kommen. Kurzarbeiter sind für eine beschränkte Zeit zugelassen. Das hat die Schweiz von 1971 bis 2007 mit grossem Erfolg getan. Dann hat die EU der Schweiz die Personenfreizügigkeit aufs Auge gedrückt. Man versprach den Schweizern, dass nicht mehr als 8'000 bis 10'000 Einwanderer pro Jahr kämen. Es kamen jedoch netto über 65'000 pro Jahr, und die Sozialkosten explodierten. Das selbe «laisser faire – laisser aller» herrscht in der Asylpolitik. Die Bevölkerungszunahme der Schweiz seit 2007 beträgt eine Million mehr! Vom Dichtestress und der extensiven Bautätigkeit nicht zu reden!

Warum ist es so wichtig, dass die SVP die Wahlen gewinnt?
Wenn die SVP verliert, hat sie im Parlament weniger Sitze und damit wäre das Bollwerk gegen all den Unsinn, der in Bundesbern gegen unsere Freiheit und Sicherheit beschlossen wird, geschwächt. Dann werden in Bundesbern noch mehr Bürokratie, noch mehr Steuern, Abgaben und Gebühren und Verbote beschlossen. Das heisst: Den Menschen in der Schweiz wird es schlechter gehen – vor allem dem Mittelstand.

> «Soll die EU bestimmen, dass jeder Einwanderer ein Anrecht auf die volle Sozialhilfe hat?»

Die Schwedin Greta Thunberg ist etwa im Alter Ihrer Enkel – was würden Sie der jungen Klimaaktivistin sagen, wenn Sie ihr begegneten?
«Guten Tag Frau Thunberg, schön, dass Sie sich für ein gutes Klima einsetzen. Sorgen wir für gute Luft, gesundes Wasser, gesunde Böden, aber ohne kopflose, sehr kostspielige, unverhältnismässige Massnahmen, die erst noch nichts nützen. Denn diese werden dazu führen, dass die Menschen sowohl Freiheit und Sicherheit verlieren und dabei verarmen!»

Christoph Blocher – kurz & bündig

Geboren: 11. Oktober 1940 in Zürich, aufgewachsen in Laufen am Rheinfall – **Heimatort:** Meilen/ZH und Schattenhalb/BE, Ehrenbürger von Lü im Val Müstair – **Wohnort:** Herrliberg/ZH, verheiratet, 4 Kinder, 12 Enkelkinder – **Ausbildung:** 2 Jahre landwirtschaftliche Lehre in Ossingen/ZH, Jus-Studium in Zürich, Montpellier und Paris, Promotion zum Doktor beider Rechte – **Berufliche Karriere:** Eintritt in die Rechtsabteilung der EMS-Chemie nach Abschluss des Studiums, Direktionsvorsitzender der EMS-Chemie AG (ehemals Emser Werke), Übernahme der Aktienmehrheit der EMS-Chemie Holding AG, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der EMS-Chemie Holding AG, Medienunternehmer – **Militärische Laufbahn:** Oberst, ehemaliger Kdt Ls Rgt 41 – **Politischer Werdegang:** Mitbegründer des «Studentenrings» an der Universität Zürich, Mitglied des Gemeinderates Meilen, Kantonsrat, Präsident der SVP des Kantons Zürich, Nationalrat, Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), Bundesrat und Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes, Präsident des Komitees gegen den schleichenden EU-Beitritt, 2018 Rücktritt von allen politischen Mandaten

Stoppt die EU-Trickser im Bundeshaus

Von Nationalrat und Ständeratskandidat Roger Köppel, Chefredaktor und Herausgeber der Weltwoche

Im Mikado-Spiel hat verloren, wer seine Stäbe als Erster bewegt. Im Kampf um den EU-Anbindungsvertrag hat offenbar verloren, wer sich vor den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober festlegt. Das Thema wird von jenen Parteien, die das EU-Diktat wollen, grossräumig umgangen.

Sie alle wollen am liebsten überhaupt nicht davon reden. Doch sie stecken alle unter einer Decke: Economiesuisse, Arbeitgeberverband, FDP, CVP, Grünliberale, Grüne und SP. Selbst die Gewerkschaften werden – geködert mit einigen Zugeständnissen zum Schaden des freien Arbeitsmarktes – Ende Jahr ins befürwortende Lager wechseln.

Erfolgsmodell Schweiz gefährdet

Die Schweiz ist ein ursprünglich mausarmes Land. Nur dank ihrer Staatssäulen wurde der einzigartige Erfolg im Hinblick auf Wohlstand, Frieden und sozialen Ausgleich möglich. Die Säulen dieses Erfolgs heissen direkte Demokratie, Föderalismus und bewaffnete Neutralität. All dies wäre durch den Anbindungsvertrag mit der EU gefährdet. Die EU könnte bei der Personenfreizügigkeit, den Landwirtschafts- und Industrienormen, bei der Energieversorgung, ja selbst bei den Nord-Süd-Verkehrsachsen ihre Regeln durchsetzen.

Volksentscheide ade

Die Bürger als Chefs wären zur Seite geschoben. An ihre Stelle treten das EU-Recht und das EU-Gericht. Man wird uns vorgaukeln, wir dürften ja immer noch abstimmen, müssten einfach die «Ausgleichsmassnahmen» von Brüssel in Kauf nehmen. Das ist so zynisch, wie wenn den Autofahrern gesagt würde: «Ihr seid völlig frei, mit 180 Kilometern pro Stunde durch eine 30er-Zone zu rasen. Ihr müsst einfach die Ausgleichsmassnahmen von sofortigem, ewigem Ausweisentzug, Gefängnisstrafe und fünfstelliger Busse tragen.»

> «Die EU-Anbindungskoalition scheut das Tageslicht.»

Über all das müsste man eigentlich vor den Wahlen reden. Doch die EU-Anbindungskoalition scheut das Tageslicht. Sie wollen das Volk und die Kantone nach dem 20. Oktober überrumpeln. Lassen Sie sich dieses Täuschen und Tricksen nicht gefallen! Wählen Sie nur Volksvertreter, die zu unseren bewährten Staatssäulen stehen!

Wie ein Match Schweiz-Deutschland, bei dem Deutschland die Regeln macht

Von Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer

Was der EU als sogenanntes Rahmenabkommen mit der Schweiz vorschwebt, ist nichts anderes als ein Unterwerfungsvertrag – zum einseitigen Nutzen der EU. Kein anderer Staat dieser Welt würde so etwas eingehen.

Seit 700 Jahren kennt die Schweiz bilaterale Verträge. Das etwas hochtrabende Wort «bilateral» heisst ganz einfach: «zweiseitig», «zwei Seiten betreffend». Es handelt sich dabei um Abkommen mit allen Ländern, abgeschlossen zum gegenseitigen Nutzen beider Partner – auf Augenhöhe, zwischen zwei Gleichberechtigten. Das ist das Selbstverständlichste der Welt. Allein mit der EU kennt die Schweiz über 150 bilaterale Verträge.

Doch im Jahr 2008 teilte die EU der Schweiz erstmals unmissverständlich mit, dass sie diese Art von bilateralen Verträgen nicht mehr will. Brüssel verlangt statt der Rechtsentwicklung zwischen Gleichberechtigten neu einen «Rahmen» für alle bisherigen und sämtliche künftigen Abkommen, wonach die Schweiz die von der EU vorgegebenen Änderungen übernehmen muss. Das Resultat entsprechender mehrjähriger Verhandlungen ist das jetzt vorliegende institutionelle Abkommen.

> «Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges.»

EU-Abkommen entmachtet die Schweizer Bürgerinnen und Bürger

Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die Fortsetzung des bilateralen Weges. Volk, Kantone und Parlament hätten in den wichtigsten Fragen unseres Landes nichts mehr zu sagen. Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger wären als oberste Gesetzgeber in zentralen Teilen unserer Wirtschafts-, Sozial- und Aussenpolitik entmachtet. Wir müssten automatisch fremdes Recht übernehmen, fremde Richter akzeptieren, und bei missliebigen Abstimmungen dürfte uns die EU ganz legal bestrafen.

Es wäre wie ein Fussballspiel zwischen der Schweiz und Deutschland, bei dem die Deutschen die Regeln machen, diese während des Spiels einseitig ändern, den Schiedsrichter stellen und unsere Mannschaft erst noch ganz legal ins Schienbein treten dürften. Ich kenne unter den 194 Staaten dieser Welt keinen einzigen, der sich durch einen ähnlichen «monolateralen» Unterwerfungsvertrag derart auf Gedeih und Verderben an ein anderes Staatsgebilde gebunden hat.

Jetzt für die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Schweiz einstehen.

Der Kampf gegen das sogenannte **EU-Rahmenabkommen**, den geplanten **Unterwerfungsvertrag,** führt das überparteiliche Komitee «EU NO». Das Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt besteht aus zahlreichen namhaften Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz. Präsidiert wird das Komitee von Nationalrat und Weltwoche-Herausgeber Roger Köppel. Werden auch Sie noch heute Mitglied auf **www.eu-no.ch** oder füllen Sie den **Beitrittstalon auf Seite 8** aus.

Werden Sie Mitglied im überparteilichen Komitee «EU NO»!

Der EU-Rahmenvertrag – Ein aufgezwungenes Korsett

Von Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin

Das vom Bundesrat mit der EU ausgehandelte Rahmenabkommen sei angeblich für die Schweiz massgeschneidert, sagen die, die es ausgehandelt haben. Das Gegenteil ist der Fall: Dieser Vertrag würde uns in jeder Hinsicht die Luft abschnüren.

Das vom Bundesrat präsentierte institutionelle Abkommen mit der EU (InstA) passt uns nicht. Es ist gar nicht «massgeschneidert». Diese EU-Schneider haben kein einziges Mal Mass genommen an uns Schweizern … Der Vertrag ist vielmehr ein Korsett, das uns übergestülpt und aufgezwungen wird! Es zwängt uns in europäische Regelungen, welche nicht zu unserem Alltag, unserem Leben oder unseren Werten passen. Wir verpflichten uns, EU-Recht zu übernehmen; wenn wir anders abstimmen, werden wir bestraft. Fremde Richter am Europäischen Gerichtshof entscheiden. Das Schiedsgericht hat nichts zu sagen.

> «Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet.»

Noch einfacher einwandern

Mit dem vorliegenden Vertrag wird die Personenfreizügigkeit massiv ausgeweitet, Aufenthaltsrecht und Familiennachzug werden noch stärker vereinfacht. Die Masseneinwanderung wird zunehmen und die Wohnungsknappheit, steigende Mieten, überfüllte Strassen und Züge auch. Unsere Sozialwerke werden zu höheren Lohnabzügen und niedrigeren Leistungen gezwungen. Die langjährige Sozialpartnerschaft wird ersetzt.

Milliarden bezahlen

Mit dem europäischen Verbot staatlicher Beihilfen dürfen sich Kantone und Gemeinden nicht mehr wirtschaftlich engagieren ohne Genehmigung der EU. Das trifft die kantonalen Steuersysteme: Anreize für Ansiedlungen, Wirtschaftshilfen, Steuervergünstigungen und regionalpolitische Unterstützungen in den Kantonen sind dann nicht mehr möglich. Eine europäische Mehrwertsteuer von über 15% verteuert unsere Einkäufe. Bewährte Institutionen der Schweiz sind nicht mehr zugelassen: Wasserkraftwerke, Stromnetzanbieter, kantonale Gebäudeversicherungen, SUVA, Kantonalbanken, Spitäler, aber auch in Sport, Kultur und Freizeit! Sogar unser erfolgreiches Ausbildungssystem wäre nicht mehr möglich. Und das «Beste» zum Schluss: Für all das müssten wir auch noch Milliarden an Franken zahlen! An heutige und zukünftige EU-Programme und natürlich die Kohäsionsmilliarden!

Stimmrecht aufgeben

Nein! Dieses Korsett lassen wir uns nicht überstülpen! Der Rahmenvertrag stellt den Erfolg und die Selbstbestimmung der Schweiz auf den Kopf. Er nimmt dem Bürger die Stimmrechte weg. Das wollen wir nicht! Der Bundesrat muss den Vertrag entschieden zurückweisen!

Institutionelles Abkommen – Lesen Sie, was die EU wirklich will

Dieses Abkommen, auch EU-Rahmenvertrag genannt, ist auf dem Tisch. Alle – ausser der SVP – wollen es. Aber niemand – ausser der SVP – möchte vor den Nationalratswahlen am 20. Oktober darüber reden.
Verständlich! Denn, wer den Rahmenvertrag im Wortlaut liest, merkt schnell: Der sogenannte
Rahmenvertrag ist ein Unterwerfungsvertrag,
der das Ende der direkten Demokratie sowie der Unabhängigkeit, der Freiheit und Selbstständigkeit der Schweiz bedeutet. CVP, BDP, FDP, Grüne, Grünliberale und SP sind bereit, unser Land zu verkaufen.

Lesen Sie selbst auf: www.eu-no.ch

(Klicken Sie in der Menüliste der Internetseite www.eu-no.ch auf «Kommentiertes Insta»)

Mehr Geld für die AHV statt fürs Ausland

Von Nationalrat Marcel Dettling, Landwirt

Der Bund gibt immer mehr für das Ausland aus. Das will die SVP ändern und für die Schweizer die AHV-Renten sichern. Von den jährlich gegen 5 Milliarden Franken, die allein der Bund für die Asyl- und die Entwicklungshilfe ausgibt, soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenfalls ist die Kohäsionsmilliarde in die AHV statt an die EU zu zahlen.

Die Nettozuwanderung ist 2018 mit über 50'000 Personen – das ist einmal die Stadt Biel – immer noch sechsmal höher als der Bundesrat der Bevölkerung bei der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit weismachen wollte. Der vom Volk verlangte Inländervorrang wurde von einer SP-FDP-Allianz in einen Ausländervorrang verkehrt. Dabei ist die Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 4,8 Prozent höher als in Deutschland.
Die Zuwanderung kostet die Schweiz Unsummen an Sozialbeiträgen, Integrationskosten und für den Ausbau der Infrastruktur. Gleichzeitig zahlt der Bund jährlich die riesige Summe von gegen 5 Milliarden Franken für das Asylwesen und die Entwicklungshilfe. Das ist mehr, als die Schweiz für die eigene Sicherheit ausgibt, und sogar fast zweimal das, was die Schweizer Landwirtschaft kostet. Dazu kommt noch die geplante Kohäsionsmilliarde für die EU. Die Schweiz leistet immer mehr für das Ausland und für die Versorgung von Sozialmigranten aus aller Welt.
Das ist inakzeptabel, und Gegenmassnahmen sind zwingend. Die Begrenzungsinitiative der SVP sorgt dafür, dass die Schweiz die Zuwanderung endlich entsprechend dem Volkswillen selber steuern kann. Es braucht aber auch neue Prioritäten bei der Verwendung der Bundesgelder. Von der Entwicklungs- und Asylhilfe soll mindestens eine Milliarde Franken pro Jahr in die AHV umgelagert werden. Ebenso sollen die 1,3 Milliarden Franken nicht an die EU bezahlt werden. Vielmehr soll das Geld den Menschen in der Schweiz zugutekommen – zur Sicherung der AHV-Renten des hart arbeitenden Mittelstandes.

Arbeit muss sich wieder lohnen

Von Nationalrätin Sandra Sollberger, Malermeisterin

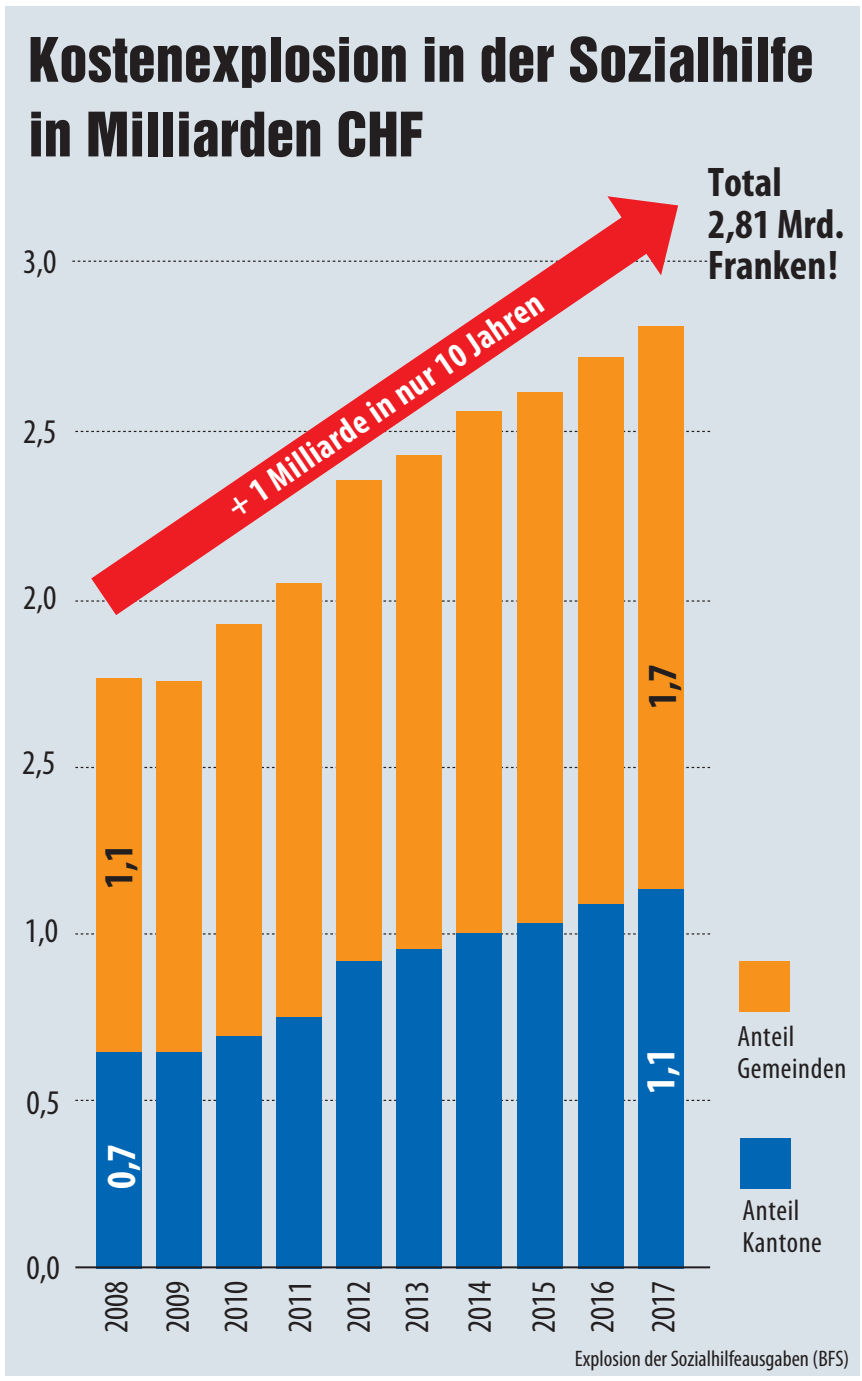
Einst als Überbrückungshilfe in Notlagen gedacht, ist die Sozialhilfe heute für bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa für Personen aus dem Asylbereich, längst zum bedingungslosen Grundeinkommen geworden. Eine fatale Fehlentwicklung, die Arbeit unattraktiv macht und die die Schweizer Steuerzahler Milliarden kostet.

Wenn die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) verkündet, Kürzungen in der Sozialhilfe seien unmöglich und unmenschlich, dann ist das reine Sozialarbeiter-Propaganda. Gemäss SKOS-Richtlinien erhält ein Einpersonenhaushalt einen monatlichen Bargeld-Grundbedarf von 986 Franken, ein Vier-Personen-Haushalt erhält 2'110 Franken. Wie die Betroffenen dieses Geld ausgeben, steht ihnen frei.

Denn anders als die SKOS dies suggeriert, ist der Grundbedarf bei Weitem nicht alles, was Sozialhilfebezüger bekommen. So kommt beispielsweise eine vierköpfige Familie mit Miete, Krankenkassenprämien (KVG) und sogenannten situationsbedingten Leistungen (zum Beispiel Zahnarzt, Dentalhygiene, Kinderkrippe, Schulmaterial, ÖV-Abos etc.) auf Leistungen von monatlich über 5'000 Franken. Dies notabene steuerfrei.

Wer den Unterhalt seiner Familie mit bezahlter Arbeit bestreiten will, der muss deutlich mehr verdienen, als er von der Sozialhilfe als steuerfreie Nettoleistung bekommt. Denn sonst lohnt sich Arbeit nicht. Es ist allerdings illusorisch, zu glauben, dass jemand mit ungenügender Ausbildung und ohne Arbeitserfahrung monatlich mehr als 6'000 Franken verdient.

Deshalb braucht es nicht mehr Geld für die Sozialhilfe, sondern mehr Anreize, zu arbeiten. Die Fleissigen und Motivierten sollen belohnt werden. Die Integrationsunwilligen und die Faulen hingegen sollen nur noch ein Minimum an Unterstützung erhalten. Öffentliche Sozialhilfe ist verbunden mit einer generellen Arbeitspflicht.



Kämpfen Sie mit uns für mehr Sicherheit

Von Nationalrat Walter Wobmann, Präsident Egerkinger Komitee

Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» erhöht die Sicherheit. Sie setzt Saubannerzügen vermummter Vandalen und Chaoten, wie sie an Sportanlässen, Demonstrationen oder im Gefolge der 1.-Mai-Umzüge regelmässig vorkommen, endlich ein Ende.

Zudem schützt ein Verhüllungsverbot die in der Schweiz verbrieften Freiheitsrechte der Frauen. Dass Frauen ebenso wie Männer in der Öffentlichkeit ihr Angesicht jederzeit zeigen, ist auch ein Gebot elementarer Gleichberechtigung. Die Schweiz ist der Tradition der Freiheit verpflichtet. Freie Menschen – Frauen und Männer – blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen. Niemand darf gezwungen werden, sein Gesicht zu verhüllen. Die Initiative wird im nächsten Jahr zur Abstimmung kommen. Wir zählen auf Ihre Unterstützung.

Frei und sicher.

www.svp.ch

SVP wählen!

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Was will die Begrenzungs-Initiative der SVP?

Die Begrenzungsinitiative will eine massvolle und eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Sie kommt voraussichtlich im Mai 2020 zur Abstimmung. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 sind netto 1,1 Millionen Menschen in die Schweiz eingewandert. Und noch immer kommen jährlich 60'000 bis 80'000 Zuwanderer hinzu.

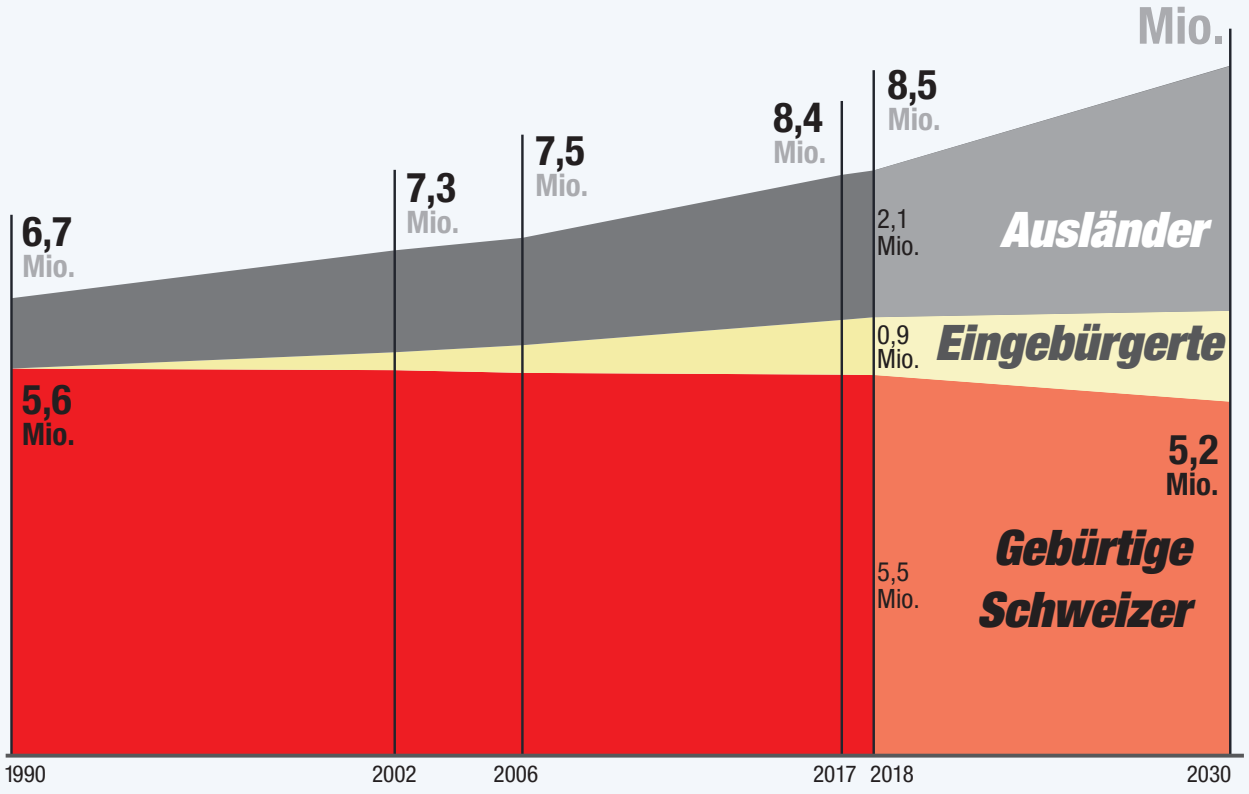
Dies mit weitreichenden Folgen für unser Land. Die Befürworter der Personenfreizügigkeit behaupten, diese sei zentral für die Wirtschaft. Das stimmt nur dann, wenn man die Wirtschaft isoliert betrachtet und die übrigen Kosten ausser Acht lässt – beispielsweise für die Sozialwerke, die Bildung, das Gesundheitswesen oder die Sicherheit. Und wenn man zudem darüber hinwegsieht, dass die Personenfreizügigkeit vor allem über 50-jährige Arbeitnehmer massiv unter Druck setzt, weil sie leicht durch jüngere und billigere Ausländer ersetzt werden können. Ein Problem, das der Bundesrat mit einem neuen Sozialwerk «Überbrückungsrente» lösen will.

Das Bedürfnis der Wirtschaft nach qualifizierten Arbeitskräften kann auch einseitig, aber kontrolliert von der Schweiz erfüllt werden. D.h. ohne Freizügigkeitsabkommen, aber entsprechend unserer Verfassung unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Situation und mit einem Inländervorrang, der die älteren Arbeitnehmer wirksam schützt.

Die Haltung der SVP ist klar: Diese gravierenden und teuren Folgen der Zuwanderung kann die Schweiz nur mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung in den Griff bekommen. Dies ist heute wegen der Personenfreizügigkeit jedoch nicht möglich: Denn mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU haben 500 Millionen EU-Bürger einen Rechtsanspruch auf Zuwanderung in die Schweiz.

www.begrenzungsinitiative.ch

Schon bald 10-Millionen-Schweiz?



Immer mehr Einwanderung sorgt für Bevölkerungsexplosion.
Quelle: BFS, Entwicklung ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz plus eigene Hochrechnung. Einbürgerungen pro Jahr ab 1990 kumuliert.

Meinung

Die Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz?

Christoffel Brändli über Zuwanderung und Umweltpolitik

In den letzten dreizehn Jahren hat die Bevölkerung der Schweiz durch die Zuwanderung um mehr als 1 Million Einwohner zugenommen. Mit Ausnahme der SVP wollen alle anderen Parteien weiterhin eine von der EU bestimmte Zuwanderung und gehen von einem Wachstum unserer Bevölkerung auf 10 Millionen aus.

Offenbar will man aus kurzfristigen Geschäftsinteressen diese Entwicklung und blendet deren Auswirkungen «grosszügig» aus. In der Tat laufen wir Gefahr, die Qualitäten unseres Wohlfahrtsstaates aufzugeben. Warum?

Das Bevölkerungswachstum sowie die wachsenden Bedürfnisse bedingen die Bereitstellung von 20-30% mehr Wohnraum. Das bedeutet entsprechenden Landverschleiss oder bei konzentrierter Bauweise die Entwicklung von Slums in unseren Agglomerationen. Bereits heute nehmen wir diese Entwicklung wahr ohne darauf zu reagieren. Haben Sie einmal überlegt, was es beispielsweise für die Stadt Chur bedeuten würde, 30% mehr Wohnungen zur Verfügung stellen zu müssen? Wo sind die Grünliberalen, die sich kürzlich noch für die Schonung unserer Kulturlandschaft stark machten?

Dabei ist nicht nur der Wohnraum das Problem. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen belasten unsere bereits heute überforderten Verkehrsinfrastrukturen zusätzlich. Ein bis zwei Millionen mehr Menschen bedeuten mindestens 500'000 zusätzliche Autos oder einen nicht finanzierbaren Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Unsere Sozialeinrichtungen (AHV, Fürsorge, Krankenversicherung und andere mehr) werden noch unfinanzierbarer. Allein für die Finanzierung der zusätzlichen AHV-Renten müssten wir in Zukunft zwei bis drei Millionen neue Arbeitsplätze schaffen. Ein Ding der Unmöglichkeit im sich abzeichnenden Digitalzeitalter! Eine 10-Millionen-Schweiz wird aber auch viel mehr Energie konsumieren. Woher diese beschafft werden soll, steht heute in den Sternen.

Auch unsere Gesellschaft ändert sich dramatisch. Eine Integration ist kaum mehr möglich. Spannungen zwischen Zuwanderern und Einheimischen nehmen zu. In den Schulen wird es aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Schüler immer schwieriger Lernziele zu erreichen. Statt eine Einheit der Bevölkerung zu bilden, verzetteln wir uns immer mehr in verschiedene Volksgruppen, die wohl hier leben, aber kaum mehr etwas miteinander zu tun haben.

Wie reagiert die Politik auf diese Entwicklungen? Man gründet eine Klimaallianz (was das auch immer heissen mag) und versucht von sich abzeichnenden Problemen mit der masslosen Zuwanderung abzulenken. Die Grossindustrie verdankt ihr diese Haltung, weil sie kurzfristig dank der Zuwanderung mehr Gewinne einheimsen kann.

Es ist an der Zeit, dass das Schweizer Volk aufwacht und seine Zukunft selbst in die Hand nimmt. Es ist fünf vor zwölf – das Rahmenabkommen mit der EU, mit dem wir uns der EU definitiv unterwerfen, steht kurz vor der Umsetzung. Damit hätte das Masslose Ihr Ziel erreicht: die endgültige Zerstörung des Erfolgsmodells Schweiz, das auf Selbstbestimmung, Bescheidenheit und Freiheit aufbaut.

Christoffel Brändli ist alt Regierungsrat und alt Ständerat. Er wohnt in Landquart (GR).

Der Umwelt zuliebe – Zuwanderung begrenzen

Das Resultat der ungesteuerten Massen-Zuwanderung: In den letzten 13 Jahren wanderte eine Million Menschen in die Schweiz ein. Ein Bevölkerungszuwachs, der unserer Umwelt, unserem Klima direkt schadet. Denn die Konsequenzen für unser Land durch diese masslose Zuwanderung sind gravierend: In den letzten 13 Jahren wurden Grünflächen im Umfang von 57'000 Fussballfeldern bebaut. Das sind 407 Millionen Quadratmeter Natur, die zubetoniert wurden. Dies unter anderem für 454'000 neue Wohnungen. Eine Million Zuwanderer bedeutet aber auch 543'000 Autos und 789 Busse mehr auf den Strassen sowie 9 Milliarden zusätzlich zurückgelegte Kilometer. Mit einer Million Zuwanderer verbraucht die Schweiz mindestens 2 Milliarden Kilowattstunden mehr Strom pro Jahr. Dies entspricht der Leistung von über 500 Gross-Windanlagen. Und schliesslich verbraucht eine Million Zuwanderer jährlich 59 Milliarden Liter Wasser.

Schweiz nicht weiter zubetonieren!

Fragen

– zu den Wahlunterlagen?
– zu den Wahlen?

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren. Wie wählt man richtig? Wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?

Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 bis 18.00 Uhr für Sie da.

Gratis-Wahlhotline:
0800 0 1291 0
Mail:
wahlen@svp.ch

In einer dunklen Kammer…

…kurz nach 21.00 Uhr trifft sich die Speerspitze der wählerstärksten Partei der Schweiz. Die wohl verrückteste Zeit im politischen Leben nimmt damit wieder ihren Anfang … Schauen Sie «Wahlkampf – Der Film» auf:

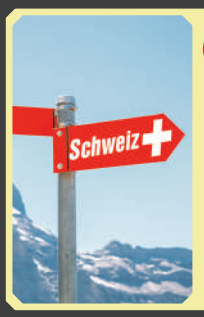
www.wahlkampfderfilm.ch

Grosses Wahl-Quiz
Mitmachen und gewinnen!

www.svp.ch/wettbewerb

1 Was bedeutet das geplante EU-Rahmenabkommen für die Schweiz?

- ☐ Einverleibung der EU in die Schweiz = FA
- ☐ Unterwerfung der Schweiz durch die EU = SV



2 Wie viele Einwanderer sind seit 2007 netto in die Schweiz gekommen?

- ☐ rund 100'000 = KE
- ☐ rund 1'000'000 = PW

3 Wen können Sie gratis anrufen, wenn Sie Fragen zum Ausfüllen Ihrer Wahlunterlagen haben?

- ☐ Mike Shiva = NE
- ☐ SVP-Gratis-Wahlhotline = AE

4 Wie lautet der Wahlspruch der SVP für die eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober?

- ☐ «Freibier auf sicher» = W
- ☐ «Frei und sicher» = H

5 Auf wie viel Prozent würde die MwSt. in der Schweiz (aktuell 7,7 %) bei einem EU-Beitritt steigen?

- ☐ Auf mindestens 10 % = S
- ☐ Auf mindestens 15 % = LE

6 Wer hat's gesagt? «Dieses Abkommen wäre das Ende, nicht die ‚Fortsetzung' des bilateralen Weges?»

- ☐ Thomas Matter, SVP-Nationalrat = N
- ☐ Christa Markwalder, FDP-Nationalrätin = !

Machen Sie beim Wettbewerb online mit: www.svp.ch/wettbewerb

Die richtige Lösung lautet:

__ __ __ __ __ __
❶ ❷ ❸ ❹ ❺ ❻

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 20. Oktober 2019

1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.

Die Gewinner werden Ende Oktober 2019 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Frei und sicher. So soll unsere Schweiz bleiben. Ich helfe mit!

- ☐ Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- ☐ Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- ☐ Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- ☐ Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** zur Verfügung zu stellen.

  Bitte schicken Sie mir:

  ____ A0-Allwetter-Plakate (fest) (A0 = 84,1 cm × 118,9 cm)

  ____ A2-Papier-Plakate (A2 = 42 cm × 59,4 cm)
- ☐ Ich unterstütze die **SVP-Nationalratswahl-Kampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
  - ☐ Ich spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5** der SVP Schweiz.
  - ☐ Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- ☐ Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.
- ☐ Ich möchte Mitglied des überparteilichen Komitees «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» werden (Artikel dazu auf Seite 5).

Name / Vorname .....

Strasse .....

PLZ / Ort .....

Telefon .....

E-Mail .....

Unterschrift .....

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

www.svp.ch

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Unser Ständeratskandidat im Porträt

Der Luzerner Nationalrat Franz Grüter lernte einst Lastwagenmechaniker; heute ist die von ihm geführte Green Gruppe im internationalen Rechencenter- und Datengeschäft sehr erfolgreich. Dazwischen lagen viele Herausforderungen und viele richtige Entscheide. Jetzt möchte Franz Grüter Ständerat werden. Lesen Sie dazu die spannenden Wegmarken in Grüters Biographie.

Franz Grüter aus Eich (57) ist Nationalrat und Unternehmer mit Leib und Seele. Und beides war nicht geplant – wie so vieles in seinem Leben. Er wuchs als eines von sechs Kindern in der CVP-Hochburg Ruswil in bescheidenen Verhältnissen auf. «Für ein Auto hat es nie gereicht», erinnert sich Franz Grüter. Nach drei Jahren Kanti machte er eine Lehre als Lastwagenmechaniker. «Ich interessierte mich schon als Bub für Technik und alles, was einen Motor hat», sagt Grüter heute. Diese Faszination widerspiegelte sich in seiner Leistung, schloss er doch die Lehre mit Bestnote ab. Danach absolvierte er bei TEKO in Luzern ein dreijähriges Abendstudium zum Dipl. Elektrotechniker HF. Damit war sein Wissensdurst aber noch lange nicht gestillt. Mit 27 flog er ganz allein in die USA, um Englisch zu lernen. «Das war die erste grosse Herausforderung in meinem Leben», blickt Grüter zurück. In Atlanta mühte er sich mit dem Südstaatendialekt ab, fand aber mit seiner offenen Art schnell Zugang zu den Einheimischen. Um seinen sechsmonatigen Aufenthalt zu finanzieren, kaufte er Occasions-Autos, brachte sie auf Vordermann und verkaufte sie weiter. Nach einer 35 000 Meilen langen Rundreise durch die USA und Kanada – gemeinsam mit seiner damaligen Freundin und heutigen Frau Luzia – kehrte Grüter Ende 1989 in die Schweiz zurück. In Triengen erwarb er die Privatpilotenlizenz, 2003 dann auch jene für Wasserflugzeuge in Alaska. In der Folge kehrte er regelmässig dorthin zurück. Ferienhalber. Oft mitten in die Wildnis. Ohne Handy und Internet. Dafür mit einem Gewehr bewaffnet: «Für den Fall, dass ich urplötzlich einem Bären gegenüberstehe». Heute lebt Franz Grüter, zusammen mit seiner Frau und seinen drei Kindern, in Eich. Er besucht regelmässig die Spiele des FC Luzern und Aufführungen des Luzerner Symphonieorchesters. Erholen kann er sich am besten «in der Natur, zum Beispiel auf einer Biketour oder beim Wandern».

Zwischen Rotkreuz und Shanghai

Die berufliche Laufbahn von Franz Grüter war geprägt von schnellen Veränderungen und mutigen Entscheiden. Anfang 1996 gründete er mit Bruder Pius ein IT-Unternehmen in Rotkreuz, das sofort prächtig gedieh. Im Jahr 2000 verkauften es die Grüters in die USA, um es dann 2005 wieder zu erwerben. Dazwischen erhielt Franz Grüter von einem alten Freund ein verlockendes Job-Angebot. Er sollte ein Unternehmen führen, das Firmen hilft, ihren Sitz nach China zu verlagern. Eine Aufgabe, die Grüter mit gewohnter Hartnäckigkeit und Disziplin wahrnahm. Und eine weitere grosse Herausforderung, da in China damals noch kaum jemand Englisch sprach. Grüter brauchte eine Dolmetscherin und marschierte kurz entschlossen ins Juweliergeschäft Bucherer in Luzern, wo viele fernöstliche Touristen verkehren. Er wurde fündig und reiste nun mit einer sprachgewandten jungen Chinesin praktisch monatlich für zwei Wochen nach China, um seiner Vermittlungstätigkeit nachzugehen: «Was mich an China am meisten fasziniert, ist die unbändige Energie und der Ehrgeiz der Menschen vorwärtszukommen.» So hat sich das Land innert kurzer Zeit zur Wirtschaftsmacht entwickelt. Ob aus dieser Zeit auch sprachlich etwas hängenblieb? «Ich habe nie Chinesisch gelernt, aber ich kann die Leute grüssen, mich bedanken und ein Bier bestellen», sagt Grüter mit einem Schmunzeln.

> **«Ich habe Herausforderungen immer angenommen.»**
>
> Franz Grüter, Ständeratskandidat

Die Welt des Internets erobert

Seit 2008 führt Franz Grüter nun bereits das Unternehmen green.ch mit Sitz im aargauischen Lupfig. Seit 2016 «nur» noch als Verwaltungsratspräsident. Die Faszination für die IT-Welt wuchs in ihm in den 90er-Jahren, als die ersten Internet-Provider aufkamen. «Die Vorstellung, alle Menschen rund um den Globus miteinander zu verbinden, fand ich unheimlich spannend», erzählt Grüter. Dass er viel in der Welt herumgekommen war, kam ihm nun zugute. Immer wieder erkannte er Trends frühzeitig und konnte dadurch in der Schweiz regelmässig Produkte einführen, die kurz darauf zu einem Run wurden. «Mein grösster unternehmerischer Erfolg war sicherlich der Einstieg ins Rechenzentren-Geschäft», sagt Grüter rückblickend. «Und auch eine der grössten Herausforderungen. Vor allem die Finanzierung, weil mir die Banken die Kredite natürlich nicht nachwarfen.» Heute gilt die Schweiz in Europa als einer der bedeutendsten Standorte für die Beherbergung von elektronischen Daten. Firmen aus aller Welt verlagern sie wegen der stabilen politischen Verhältnisse hierher. Nach dem Bau des ersten Rechenzentrums im Jahr 2010 musste bereits 2014 ein zweites her, um der wachsenden Nachfrage gerecht zu werden. Da auch dieses bald an seine Grenzen stiess, baute green.ch im laufenden Jahr für rund 70 Millionen Franken ein weiteres Hochsicherheits-Rechenzentrum, das demnächst in Betrieb geht.

Rasanter politischer Aufstieg

Die berufliche und unternehmerische Entwicklung des Franz Grüter ist zweifellos bemerkenswert. Erst recht in Anbetracht der Tatsache, dass er seit acht Jahren auch noch auf dem politischen Parkett aktiv ist. Und auch das völlig ungeplant. Klar habe ihn die Politik immer interessiert, sagt Grüter. Mehr aber nicht. Richtig los gings 2011, als er als «Listenfüller» für die Kantonsratswahlen angefragt wurde. Ohne einen Wahlkampf zu führen, landete er gleich auf dem zweiten Ersatzplatz. Ein Jahr später übernahm er auf Anfrage das Präsidium der kantonalen SVP, eine Herausforderung der Extraklasse. Danach gings ganz schnell. Im Frühling 2015 wurde Grüter in den Kantonsrat gewählt, im Herbst in den Nationalrat. Unter Grüters Führung avancierte die SVP im Herbst 2015 zur wählerstärksten Partei im Kanton Luzern. Das Parlamentsmandat sei sehr zeitintensiv, sagt Grüter. Oft finden um 7 Uhr die ersten Sitzungen statt, und auch mittags und abends laufe immer etwas. Feierabend vor 22 Uhr sei eine Seltenheit. Jammern will Grüter deswegen aber nicht. «Ich empfinde es als grosse Ehre, den Kanton Luzern im Bundeshaus zu vertreten. Ausserdem finde ich es wichtig, die Sicht der Unternehmer in die Politik einzubringen.»

«Kein Technologie-Verhinderer»

Was ist Grüter überhaupt für ein Politiker? Mit Sicherheit einer, der bei den Parteikollegen ankommt. Mit Toni Brunner zum Beispiel pflegt er ein sehr gutes Verhältnis. «Toni ist eine herausragende Persönlichkeit, nicht nur wegen seines Humors, sondern weil er es immer wieder schafft, komplexe Themen aufs Wesentliche zu reduzieren. Das hat mich inspiriert.» Zweifellos ist Grüter zudem einer, der dezidiert seine Meinung kundtut. Auch wenn er damit nicht immer genau die Parteimeinung vertritt. Im politischen Diskurs kam er zuletzt einige Male in die Schlagzeilen, weil er sich als Gegner des E-Voting outete. «Ich bin keineswegs ein Technologie-Verhinderer», erklärt Grüter. «Aber die E-Voting-Systeme sind einfach noch nicht ausgereift, und das macht sie zu beliebten Angriffszielen.» Als Nationalrat und Präsident der Finanzsubkommission 1 setzt sich Grüter insbesondere «für gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, für die Stabilität und Sicherheit in unserem Land sowie für eine Limitierung der Zuwanderung» ein. 2015 gründete er die Schweizerische Stiftung für Arbeit und Weiterbildung (SSAW), die Menschen über 50 den Wiedereinstieg in die Arbeitswelt erleichtert.

Handwerk als Abwechslung

«Ich habe wenig geplant und doch viel erreicht. Ich bin ein glücklicher Mensch», umschreibt Franz Grüter sein bisheriges Leben. Er sei oft im richtigen Moment am richtigen Ort gewesen, habe die jeweiligen Herausforderungen angenommen und die richtigen Entscheide getroffen. Könnte der gelernte Lastwagenmech, der sich seit über 25 Jahren in der IT-Welt bewegt, heute noch einen LKW-Motor reparieren? «Ich denke schon», sagt er. «Die handwerkliche Arbeit ist für mich neben der kopflastigen Arbeit in Betrieb und Politik ein willkommener Ausgleich.» Und wie stehts mit der Fliegerei? «Dafür blieb seit meiner Wahl in den Nationalrat keine Zeit mehr. Meine Lizenz ist sozusagen eingefroren», sagt der Mann mit über 400 Flugstunden auf dem Buckel. Ob er sie nochmals auftauen wird, lässt er offen. Ein Franz Grüter macht keine Pläne. Es kommt, wie es kommt. Und es kommt meistens gut. Auch die Kandidatur für den Ständerat? Grüter: «Ich habe die Herausforderung angenommen und werde alles dafür geben.»

Alex Piazza

Das Gewerbe ist schon lange grün

In Sachen Klima- und Umweltschutz haben die Bürgerinnen und Bürger klar gesprochen. Obwohl auf die Bevölkerung wohl hohe Mehrkosten zukommen werden, wurden die Energiestrategie 2050 und das Energiegesetz des Kantons Luzern deutlich angenommen. Diese Volksentscheide gilt es zu akzeptieren und umzusetzen. Auch bei den Kantonsratswahlen im Frühling konnte die Öko-Allianz einige Sitzgewinne erzielen. Trotzdem bleibt festzuhalten: Die bürgerlichen Mehrheiten wurden noch deutlicher bestätigt, zuletzt glücklicherweise auch im Regierungsrat. Der Auftrag ist klar: Es muss etwas gehen in Sachen Umweltschutz, aber für teure und wohl auch unnütze Schnellschüsse sind die Luzernerinnen und Luzerner nicht zu haben.

Peter With, Präsident KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern

Selbstkritisch muss man sagen, dass weder die bürgerlichen Parteien noch die Wirtschaft bisher kommuniziert haben, was sie in Sachen Umweltschutz bereits erreicht haben. Und die paar wenigen Äusserungen gingen im mit Benzin betriebenen Stromgenera-

«Es muss etwas gehen in Sachen Umweltschutz, aber für teure und wohl auch unnütze Schnellschüsse sind die Luzernerinnen und Luzerner nicht zu haben.»

tor-unterstützten Geschrei der Öko-Demonstranten unter. Dabei leistet gerade auch die Luzerner Wirtschaft viele wichtige Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung unseres Kantons. Denn wer zum Beispiel die Energieeffizienz in seinem Unternehmen erhöht, senkt dadurch die Kosten. Viele energieintensive Unternehmen im Kanton Luzern haben deshalb freiwillig Massnahmen ergriffen, um den Verbrauch zu senken.

Anreize statt Gebote, Verbote und Preisvorgaben

Ein Verbot ist schnell beschlossen, die Folgen davon wirken aber lange nach. Die Schweizer Wirtschaft ist ein sorgfältig austariertes Räderwerk, in das man nicht unbedacht eingreifen darf. Die einseitige Einführung von Gebühren kann der Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft schaden. So ist eine Erhöhung der Abgabe auf Treibstoffe unbedingt zu verhindern und Emissionsvorschriften dürfen keinesfalls über diejenigen der EU hinausgehen.

«Viele energieintensive Unternehmen im Kanton Luzern haben deshalb freiwillig Massnahmen ergriffen, um den Verbrauch zu senken.»

Ein Beispiel einer sinnlosen Massnahme ist die Flugticketabgabe. Ein Zuschlag von 100 Franken pro Ticket nach London wäre für die Schweizerinnen und Schweizer zwar ärgerlich, würde sie aber sicher nicht vom Fliegen abhalten. Wäre die Abgabe aber so teuer, dass sie tatsächlich eine lenkende Wirkung hätte, würde das dem für den Kanton Luzern so wichtigen Tourismus massiven Schaden zufügen, denn auch die würden zur Kasse gebeten. Auch hier zeigt es sich wieder: Massnahmen müssen international breit abgestützt sein, um eine Wirkung ohne Schaden entfalten zu können. Und eines ist klar: Ist ein Unternehmen in der Schweiz nicht mehr wirtschaftlich, dann ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass es seinen Sitz ins Ausland verlegt. Der Umwelt ist dadurch aber nicht geholfen, im Gegenteil.

Wenn die Öko-Turbos den Umweltschutz blockieren

In der Forderung sind sich die Linken einig: mehr Wasser-, Sonnen- und Windenergie, bessere Dämmung an Gebäuden, mehr Elektroautos anstelle von Verbrennern. Bei der Umsetzung sind sie aber oft die grössten Verhinderer. Es gibt wohl kaum ein Wasser- oder Windstromprojekt, das nicht von Linken oder Umweltorganisationen bekämpft wird. Es werden Auflagen gemacht, die kaum mehr erfüllbar sind oder die Effizienz der Massnahmen senken. Dann folgen Einsprachen, die die Umsetzung der Projekte um Jahre verzögern. Der Denkmalschutz macht jede energetische Gebäudesanierung zum Spiessrutenlauf und nimmt jedem Investor die Lust, seine Immobilie ökologisch aufzuwerten. Auch die vielen zu erfüllenden Vorgaben und vielerorts detailversessenen Beamten

«Ein Zuschlag von 100 Franken nach London wäre für Herrn und Frau Schweizer zwar ärgerlich, würde sie aber nicht vom Fliegen abhalten. Wäre die Abgabe aber so teuer, dass sie tatsächlich eine lenkende Wirkung hätte, würde das dem für den Kanton Luzern so wichtigen Tourismus massiv schaden.»

mit langwierigen Baugesuchsverfahren tragen dazu bei, dass es nicht so schnell vorwärtsgeht. Und gerade in den Städten, in denen ein Elektroauto tatsächlich Sinn machen würde, verschwinden jedes Jahr Strassen und Parkplätze zu Gunsten von fragwürdigen «Freiräumen» und zu Lasten des wirtschaftlich wichtigen Verkehrs.

Milliarden für die Schweiz anstelle von Nigeria, Libyen und Kasachstan

Für unseren enormen Erdölverbrauch überweisen wir Schweizer jährlich rund 13 Milliarden Franken an Länder wie Nigeria, Libyen oder Kasachstan, also rund 1600 Franken pro Einwohner! Diese Ausgaben bringen der Schweiz praktisch keine Wertschöpfung, sondern finanzieren Staaten mit äusserst fragwürdigen Regierungen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass das Öl nicht ewig sprudeln wird. Irgendwann muss auch ein Ersatz gefunden werden, denn der stetig steigende weltweite Ölbedarf wird früher oder später dazu führen, dass die Ölpreise stark ansteigen werden. Weshalb nicht heute schon den Grundstein legen?

Von Sanierungen profitiert vor allem die Schweizer Wirtschaft

Rund 40 % des gesamten Energieverbrauchs wird für das Heizen von Gebäuden verbraucht. Durch das staatlich geförderte Gebäudeprogramm erhalten Hausbesitzer einen Beitrag zu energetischen Sanierungen. Damit investieren sie in bessere Türen, Fenster, Heizungen und Aussendämmungen. Dabei fliesst der grösste Teil der Investitionen in die lokale Wirtschaft, die schon seit langem die dafür benötigten nachhaltigen Produkte in bester Qualität liefert. Das sichert Arbeitsplätze im Inland und macht unsere Unternehmen fit für den internationalen Wettbewerb.

Gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen nützen Forschung und Entwicklung

Der Kanton Luzern hat sich vor allem im steuerlichen Bereich gut positioniert. Die Steuerstrategie ist deutlich aufgegangen, im letzten Jahr lagen die Erträge höher als 2011, dem Jahr vor der Halbierung der Unternehmenssteuern. In dieser Zeit wuchs der Firmenbestand um über 7000 Unternehmen, was viel Knowhow und Arbeitsplätze in den Kanton Luzern gebracht hat. Leider hat es der Kanton Luzern verpasst, bei der Steuergesetzrevision Steuerab-

«Unterstützen wir also unsere lokale Wirtschaft, statt sie mit wirkungslosen Massnahmen zu bremsen. Denn letztlich hat jede Luzernerin und jeder Luzerner den nachhaltigen Umweltschutz selbst in der Hand.»

züge für Forschung und Entwicklung zu gewähren, wie dies die umliegenden Kantone teilweise massiv tun. Denn gerade im boomenden Markt rund um die erneuerbaren Energien und die nachhaltigen Produkte hat der Kanton Luzern noch grosses Wachstumspotential.

Unterstützen wir also unsere lokale Wirtschaft, statt sie mit wirkungslosen Massnahmen zu bremsen. Denn letztlich hat jede Luzernerin und jeder Luzerner den nachhaltigen Umweltschutz selbst in der Hand: Die Produkte, die wir wollen und kaufen, werden auch von der Wirtschaft angeboten.

Foto: © Shutterstock

«Zum Klimawandel hätte ich noch ein paar Fragen!»

Interview mit Peter With, Präsident KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern

Muss man mit dem links-grünen Virus angesteckt sein, um die Wichtigkeit des Klimas richtig einzustufen?
Das Klima verändert sich stetig und zur Umwelt muss man Sorge tragen. Darauf müssen Wirtschaft und Politik reagieren und unter Berücksichtigung aller Faktoren Entscheidungen treffen. Wichtig ist dabei, dass man nicht Extremforderungen umsetzt, wie es die Öko-Allianz fordert, sondern mit Augenmass die Weichen in die richtige Richtung stellt. Nur so können unser Wohlstand und die Umwelt nachhaltig gesichert werden.

Selbst Sie als Präsident des Gewerbeverbandes sind der Meinung, dass in Sachen Klimaschutz was gehen muss. Was tun Sie ganz persönlich in Ihrem privaten Alltag für eine gesunde Weltkugel?
Da ich der Meinung bin, dass eine Einschränkung des Energieverbrauchs politisch nicht durchgesetzt werden kann, habe ich auch privat einen anderen Weg eingeschlagen. Wir beziehen deshalb 100 % unseres Stroms aus regionalem Solarstrom. Zudem schauen wir bei unseren Autos darauf, dass wir im Vergleich eher sparsame Fahrzeuge kaufen.

Es darf aber nichts kosten und nichts verboten werden? Mit welchen sonstigen Anreizen überzeugen Sie Ihre Mitmenschen?
Umweltschutz fängt immer beim Verbraucher an. Würden alle nur noch Bio-Produkte aus der Region kaufen, würden auch nur noch Bio-Produkte produziert. Doch leider ist es so, dass die Verbraucher immer mehr zu immer tieferen Preisen wollen. Man kauft in China Billigprodukte, die dann versandkostenfrei über den ganzen Globus mit Schiffen oder Flugzeugen transportiert werden. Oder man nimmt Billigst-Lebensmittel aus dem Discounter, um so pro Monat 30 Franken zu sparen. Um dann sein schlechtes Gewissen zu beruhigen, wählt man dann Links-Grün und hofft, die würden den Planeten dann schon retten. Hier ist noch eine sehr grosse Sensibilisierung der Bevölkerung notwendig, jeder muss eigenverantwortlich handeln. Teure Verbote und Gebote bergen nämlich die grosse Gefahr, dass die Stimmbürger an der Urne plötzlich nicht mehr mitmachen.

Sie führen selber einen KMU-Betrieb. Hand aufs Herz, werden die Computer und Drucker am Abend heruntergefahren, Altpapier und Güsel getrennt und die Lichter gelöscht?
Im Metallbau hat die Altmetallsammlung und -trennung eine lange Geschichte. Auch sonst sensibilisieren wir unsere Mitarbeiter, umsichtig mit unseren Verbrauchsmitteln umzugehen. Wenn weniger Abfall produziert wird, spart das letztlich auch Geld. Dasselbe gilt für die elektrischen Verbraucher wie Licht, Schweissanlagen und andere Maschinen: werden sie nicht benötigt, muss man sie abschalten.

Das Gewerbe ist an möglichst günstigen Produktionskosten interessiert. Gebühren, Lenkungsabgaben und neue Steuern machen den Unternehmern aber einen Strich durch die Rechnung. Wer bezahlt zum Schluss?
Am Schluss bezahlt immer der Konsument. Er hat aber auch die Möglichkeit, direkt Einfluss zu nehmen. Die Wirtschaft stellt nur Produkte und Dienstleistungen bereit, die die Konsumenten verlangen. Wenn die keine Billigflüge mehr nach London oder New York wollen, dann wird es sie auch nicht mehr geben. Wenn sie vorwiegend auf regionale Produkte setzen, wird auch weniger Transport notwendig sein. Werden aber mit fragwürdigen Abgaben die Preise künstlich verteuert, wird die Umwelt nicht geschützt. Es verfälscht den internationalen Wettbewerb und fördert Ausweichprodukte, die der Umwelt möglicherweise noch mehr schaden. Zudem birgt es sozialen Zündstoff, wenn sich gewisse Produkte früher oder später nur noch die Wohlhabenderen leisten können.

Es fällt auf, dass der Klimawandel vor allem in den reicheren Ländern ein grosses Thema ist! Können sich ärmere Länder eine ökologische Einstellung einfach nicht leisten?
Ein Blick in die Welt zeigt, dass Umweltschutz vor allem dort möglich ist, wo der Lebensstandard hoch ist. Ist die Wirtschaft auf einem sehr tiefen Niveau, wie z. B. in Asien und Afrika, dann leidet auch die Umwelt. Dort gibt es keine Müllverbrennung, geschweige eine angegliederte Fernwärme. Ebenso fehlen Recycling, die Abwasserreinigung oder grundlegende Umweltgesetze. Hier sollte sich die Weltgemeinschaft fragen, was sinnvoller ist: Dass wir für viel Geld das PET-Recycling von 80 % auf 90 % steigern und teure Plastikalternativen in den Verkehr bringen oder mit einem Bruchteil dieser Kosten ärmeren Ländern helfen, die Umweltverschmutzung einzudämmen. Denn gerade dort ist das Verschmutzungspotential auf Grund des praktisch ungebremsten Bevölkerungswachstums enorm.

Sie schreiben es auch in Ihrem Artikel: Die Linken fordern mehr Wasser-, Sonnen- und Windenergien. Für Forschung und Entwicklung braucht es aber Investoren. Nicht gerade die Klientel der Linken oder?
Leider vergessen die Linken, dass das Geld nicht auf den Bäumen wächst. Vielmehr ist es so, dass jeder Franken, den der Staat ausgibt, von jemandem erwirtschaftet und versteuert werden musste. Verdrängen wir Investoren mit Gesetzen, hohen Steuern und juristischen Streitereien ins Ausland, müssen wir uns nicht wundern, wenn in der Schweiz dann nicht nur der Umweltschutz, sondern auch die Wirtschaft leidet. Leider ist es tatsächlich so, dass gerade innovative Investoren oft gegen den Widerstand aus der Verwaltung und den Umweltverbänden kämpfen müssen.

Klima-Aktivisten besetzten jüngst Eingänge von Grossbanken. Grundsätzlich kann man ja nichts gegen kämpferische Bürgerinnen und Bürger haben, welche für ihre Meinung einstehen?
Solche Aktionen sind sinnlos und zeigen nur auf, in welcher Küche diese Demonstrationen organisiert werden. Linken Kapitalismuskritikern ist jedes Mittel recht, um gegen die Banken zu wettern. Nun hoffen sie, über die Klimadiskussion weitere Mitläufer zu gewinnen. Dazu sind die Schweizerinnen und Schweizer aber zu schlau und das Vorgehen ist zu durchschaubar. Es braucht jetzt keine Panikmache. Die Energiestrategie 2050 und auf kantonaler Ebene das Energiegesetz sind als viel diskutierte Kompromisse gerade erst von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern bestätigt worden. Es gilt nun diesen Weg weiterzugehen und nicht mit Schnellschüssen aus der Hüfte der Schweiz irreparablen Schaden zuzufügen. *Interview: Roland Staub*

Die Klimaveränderung beginnt mit Eigenverantwortung

Was die Unternehmer der SVP längst für die Umwelt tun!

Ja zur Klimapolitik, aber mit Verstand und Eigenverantwortung
Eine Klimaveränderung hat stattgefunden und findet statt. Das ist unbestritten und wird von der SVP in keiner Weise verleugnet oder ignoriert. Gerade die Partei mit den meisten Bauern ist an einer nachhaltigen und erntereichen Natur interessiert. Die Frage ist bloss die: «Welche Massnahmen, Regulierungen und Gesetze helfen der Umwelt wirklich?»

Armin Müller ist als Unternehmer für den Bau von Biogasanlagen tätig. Biogasanlagen speichern Gas, das bei der Vergärung entsteht, und verbrennen dieses, um es umzuwandeln. Solche Anlagen liefern CO_2- freie und umweltfreundliche Energie aus Gasen, die als Nebenprodukt entstehen. Die Firma Green.ch wurde vom Bundesamt für Energie mit dem Prix Watt d'Or ausgezeichnet. So setzt Green.ch an ihren Standorten auf CO_2-neutrale Solarenergie, mit der ein Teil des Energiebedarfs gedeckt werden kann. Ebenso ist Green.ch stets bemüht, in nachhaltige und energieeffiziente Infrastruktur zu investieren. Das Energiemanagementsystem von Green.ch erreicht die ISO-50001-Zertifizierung, welche weltweit hochangesehen ist.
Vor wenigen Jahren hat die Familie Bucher ihren Bauernhof automatisiert. Diverse Roboter sorgen nun für einen Grossteil des Milchwirtschaftsbetriebs. Dadurch können heute rund doppelt so viele Kühe gehalten werden. Die Familie Bucher leistet damit einen wichtigen Beitrag an die lokale Produktion. Der Bedarf an Energie wird CO_2-neutral durch die hauseigene Solaranlage gedeckt. Förderprogramme helfen bei der Umsetzung solcher Projekte, was wir unterstützen.

Die Firma Sidler & Co. Nottwil AG legt grossen Wert auf Nachhaltigkeit, indem sie beispielsweise nicht verwertbares Holz zur Energiegewinnung nutzt und so rund 170 Haushalte und das eigene Betriebsareal (12 000 qm) mit Wärmeenergie versorgt. Das Holz dazu ist nicht nur eigenes Abfallholz, sondern es wird auch Holz angeliefert, um die Auslastung der Anlage zu verbessern. Bevor das Holz verfeuert werden kann, wird es von einem Hacker mit Elektromotor zerkleinert. Die Luft aus den Brennkammern wird so stark gereinigt, dass sie 8 Mal weniger Feinstaub enthält als die Umgebungsluft. Die gefilterte Asche kann im Anschluss problemlos dem natürlichen Kreislauf wieder zugefügt werden. Da die Betonproduktion viel Wasser verbraucht, kommt bei Sidler & Co. Nottwil AG eine Schlammpressanlage zum Einsatz, die sauberes Wasser zurückgewinnt und so den Wasserverbrauch verringert. Das daraus entstehende Abfallmaterial wird umweltschonend entsorgt und rezykliert. Die Firma Sidler & Co. Nottwil AG investiert laufend in Photovoltaikanlagen auf ihren Betriebsgebäuden. So werden neben dem eigenen Betriebsgelände rund 190 Haushalte mit erneuerbarem Strom versorgt. Durch diese Massnahmen können rund 430 Tonnen CO_2 eingespart werden. Grundsätzlich sind all unsere Unternehmer daran interessiert, ihre Energiekosten zu senken und energiesparende Investitionen zu tätigen. Unabhängig davon, ob Lenkungsabgaben erhoben werden oder nicht. Nachhaltige Investitionen können unserer Meinung nach gefördert werden, indem man positive Anreize schafft, bspw. durch steuerliche Absetzbarkeit. Damit kann bestehende Infrastruktur schneller abgeschrieben werden, ohne dadurch finanzielle Nachteile zu haben. Das ist ökologisch und ökonomisch nachhaltig.

Gasspeicher und Blockheizkraft

Green.ch, Lupfig

Bauernhof Familie Bucher, Luzern

Wassertanks für die Speicherung von Fernwärme

Für den Kanton Luzern in den Nationalrat

Liste 2

Yvette Estermann

Persönlich

Geboren: 1967
Wohnort: 6010 Kriens
Zivilstand: verheiratet
Beruf: Ärztin, Beraterin
Kinder: 1

Politik / Gremien / Mitgliedschaften

- Seit 2007 Nationalrätin
- Aussenpolitische Kommission NR
- Geschäftsprüfungskommission NR

Fragen und Antworten

Was haben Sie immer im Kühlschrank? Fleisch, Käse, Gemüse, Chili

Welche Persönlichkeit beeindruckt Sie? Jede Person, welche authentisch ist

Mit wem würden Sie gerne einen Kaffee trinken gehen? Mit dem Universalgenie Leonardo da Vinci

Was oder wer bringt Sie zum Lachen? Meine Liebsten

Meine politischen Schwerpunkte

«Nur eine starke und unabhängige Schweiz setzt sich durch!»
«Nur zusammen sind wir stark!»

«Ich freue mich, nochmals antreten zu dürfen.»

Franz Grüter

Persönlich

Geboren: 1963
Wohnort: 6205 Eich
Zivilstand: verheiratet
Beruf: Eidg. dipl. Maketingplaner
Kinder: 3

Politik / Gremien / Mitgliedschaften

- Seit 2015 Nationalrat
- Finanzkommission NR

Fragen und Antworten

Was haben Sie immer im Kühlschrank? Ein kühles Bier und eine Mövenpick-Glace. Und im Sommer gehört ein feines Stück Fleisch für eine Grillade in den Kühlschrank. Echt schweizerisch eben.

Mit wem würden Sie gerne einen Kaffee trinken gehen? Mit Oskar Schwenk, dem Chef der Pilatus Flugzeugwerke. Er beeindruckt mich, ist hoch erfolgreich unterwegs mit dem Unternehmen Pilatus, und wir sind ab und zu in der Wildnis Alaskas und Kanadas mit dem Wasserflugzeug unterwegs gewesen.

Welche Persönlichkeit beeindruckt Sie? Peter Spuhler beeindruckt mich sehr. Aus dem Nichts ein solches Unternehmen wie die Stadler Rail aufzubauen verdient grossen Respekt. Zudem sorgt er dafür, dass der Werkplatz weiter gestärkt wird.

Was oder wer bringt Sie zum Lachen? Ein Abend mit dem Luzerner Politkomiker und Satiriker Veri

Meine politischen Schwerpunkte

«Freiheit und Sicherheit bilden das Fundament für eine gut funktionierende Gesellschaft und die Wirtschaft. Beides muss immer wieder neu erarbeitet werden und es muss dafür gekämpft werden, dass wir es aufrechterhalten können. Dafür setze ich mich ein.»

«Die Unabhängigkeit der Schweiz ist die Basis für den Erfolg unseres Landes. Wir dürfen keine Abkommen abschliessen, mit denen wir wichtige wirtschaftliche und soziale Entscheidungen an europäische Gerichte abgeben.»

«Unser Gedankengut muss Platz haben.»

Felix Müri

Persönlich

Geboren: 1958
Wohnort: 6020 Emmenbrücke
Zivilstand: verheiratet
Beruf: Unternehmer
Kinder: 4

Politik / Gremien / Mitgliedschaften

- Seit 2003 Nationalrat
- Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie NR
- Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR

Fragen und Antworten

Was haben Sie immer im Kühlschrank? Milch, Butter, Käse, Joghurt

Welche Persönlichkeit beeindruckt Sie? Politisch Christoph Blocher, privat meine Frau

Mit wem würden Sie gerne einen Kaffee trinken gehen? Mit jedem, der mit mir Kaffee trinken möchte

Was oder wer bringt Sie zum Lachen? Spontanität

Meine politischen Schwerpunkte

«Eine leistungsorientierte, praxisbezogene Bildung bekämpft nachhaltig Arbeitslosigkeit und Armut. Ein System, das neben Wissen und Können auch Werte vermittelt, hilft den Jugendlichen, verantwortungsbewusste Mitglieder unserer Gesellschaft zu werden.»

«Familien sind die Kernzelle unserer Gesellschaft. Sie sind steuerlich zu entlasten und bei wirtschaftlicher Notwendigkeit gezielt zu unterstützen. Frauen, die sich vorwiegend um die Erziehung der Kinder kümmern, dürfen nicht benachteiligt werden.»

«Ich bin topmotiviert.»

Grusswort von Regierungspräsident Paul Winiker

Jüngst feierten wir den 728. Geburtstag unserer Schweiz. Erlauben Sie mir zu Beginn einige Gedanken dazu. Symbolisch steht der 1. August für den Rütlischwur. Es ist ein Mythos, ein schöner Mythos. Die Gründung und Erweiterung der Eidgenossenschaft war ein jahrhundertelanger Prozess, auch mit vielen Rückschlägen.

Bei der Gründung des modernen Bundesstaates war die Schweiz eines der ärmsten Länder. Ohne Ressourcen sind wir eines der erfolgreichsten Länder geworden. Weil wir besser sind? Nein, weil wir die bessere politische Ordnung gefunden haben. Die Freiheit der Bürger, die Eigenständigkeit und die Selbstverantwortung standen immer im Fokus. Mit diesen einfachen, aber wirksamen Rahmenbedingungen hat unser Land eine erfolgreiche Nischenpolitik betrieben.

Wir haben es immer etwas anders gemacht als die anderen.
Während die Gründerväter nach dem Zusammenbruch der napoleonischen Ordnung eine liberale föderalistische Republik ins Leben riefen, haben die anderen europäischen Mächte ihre zentralistischen und autokratischen Ordnungen konserviert. Das Ergebnis steht in den Geschichtsbüchern. Man begann die Weltkriege zu nummerieren.

Wir sollten nie vergessen: Unser Erfolg basiert auf Weltoffenheit – wir haben immer Handel betrieben und uns ausgetauscht – aber auf einer von uns souverän gestalteten Rechtsordnung und einem einmaligen politischen System. In keinem Land der Welt haben die Bürger so viel zu sagen wie bei uns. Schauen Sie in die Nachbarländer. Alle 4 bis 5 Jahre dürfen die Bürger dort zwischen einer sozialdemokratischen Partei Typ A oder B wählen. Nachher haben sie nichts mehr zu berichten, ausser hohe Sozialabgaben, hohe Steuern und hohe Mehrwertsteuern zu bezahlen.

Unsere Souveränität steht auf dem Prüfstand. Bis zu den Wahlen wird der Ball tief gehalten. Nachher wird es schnell gehen. Die Heimatmüden werden den Rahmenvertrag fressen. Die Wirtschaft wird wegen kurzfristigem Opportunismus klatschen. Aber das ist keine gute Entwicklung für die Schweiz. Damit werden wir EU-reif geschliffen. Alt-BR Deiss von der CVP will deswegen direkt in die EU. Ehrlicherweise muss man sagen, dass der Rahmenvertrag faktisch bedeutet, Passivmitglied der EU zu sein. Nichts zu sagen, alles einfach mitzumachen. Das müssen unsere Bürgerinnen und Bürger wissen.

Für den Kanton Luzern in den Nationalrat

Liste 2

Dieter Haller

Persönlich
Geboren: 1974
Wohnort: 6014 Luzern
Zivilstand: verheiratet
Beruf: Unternehmer

Fragen und Antworten
Was haben Sie immer im Kühlschrank? Milchprodukte, Gemüse, Früchte, Fleisch

Mit wem würden Sie gerne einen Kaffee trinken gehen? Patrick Fischer, Nati-Coach Eishockey

Welche Persönlichkeit beeindruckt Sie? Jean-Claude Biver

Was oder wer bringt Sie zum Lachen? Ausgelassene Stimmung mit guten Freunden

Meine politischen Schwerpunkte
«Die Staatssäulen, welche in unserer Bundesverfassung verankert sind, haben der Schweiz ihre Unabhängigkeit gebracht, welche essenziell für die Sicherheit ist. Viele sogenannte Volksvertreter sehnen sich jedoch nach der EU und Brüssel und opfern für ihre Eigeninteressen unsere Freiheit und Sicherheit.»

«Wir tragen Sorge zu unserer Schweiz und unserer Umwelt. Aktuell befinden wir uns in einer starken Welle der Symbolpolitik, dabei herrscht Hysterie und man verbreitet Panik. Wir sprechen nicht davon, sondern setzen täglich aktiv Projekte um und optimieren zum Wohle der Umwelt.»

«Ich kandidiere für die SVP, weil es die einzige Partei ist, welche sich für eine unabhängige neutrale Schweiz engagiert, weil sie Sorge trägt zu unseren Errungenschaften, weil sie sich einsetzt für einen gesunden Finanzhaushalt, indem sie sorgsam agiert, weil sie gradlinig und ehrlich politisiert, weil sie Sach- und nicht Symbolpolitik betreibt.»

Christian Huber

Persönlich
Geboren: 1987
Wohnort: 6030 Ebikon
Zivilstand: verheiratet
Beruf: Sicherheitsinformatiker

Fragen und Antworten
Was haben Sie immer im Kühlschrank? Einen guten Cervelat und frisches, regionales Obst

Mit wem würden Sie gerne einen Kaffee trinken gehen? Mit Roger Federer. Ich möchte von ihm erfahren, wie er es schafft, mit 37 Jahren immer wieder von Neuem mit einer derartigen Motivation einen Tennismatch zu bestreiten.

Welche Persönlichkeit beeindruckt Sie? Es sind oftmals «kleine» und weniger bekannte Persönlichkeiten, welche durch ihre harte Arbeit an der Gesellschaft Ausserordentliches leisten. Beispielsweise Pfarrer Nabil Nader aus dem syrischen Dorf Kfarbou. Er fördert in seinem Dorf die soziale Arbeit mit Jugendlichen, Beeinträchtigten und Kranken. Auf diese Weise sorgt er dafür, dass die Jugendlichen in dieser krisengebeutelten Region eine Perspektive erhalten!

Was oder wer bringt Sie zum Lachen? Der Polit-Kabarettist Volker Pispers

Meine politischen Schwerpunkte
«Jedes Jahr nimmt die Schweizer Wohnbevölkerung um eine mittlere fünfstellige Zahl zu. Dies führt zu mehr Druck auf dem Arbeitsmarkt, mehr Staus auf den Strassen sowie einer gesteigerten Umweltbelastung. Damit muss Schluss sein! Ich sage NEIN zur 10-Millionen-Schweiz.»

«Die Schweiz darf sich nicht unnötig an den EU-Bürokratenapparat anbiedern. Das politische Gewicht der Schweiz innerhalb der EU würde gegen null tendieren. Darum JA zu einer unabhängigen Eidgenossenschaft!»

«Aus meiner beruflichen Tätigkeit weiss ich, dass es im digitalen Raum keine hundertprozentige Sicherheit gibt. Deshalb spreche ich mich deutlich gegen die aktuellen Versuche der Einführung von E-Voting durch die Hintertüre aus!»

«Ich kandidiere für die SVP, weil die SVP als einzige Partei vorbehaltlos für die Unabhängigkeit der Schweiz einsteht.»

Oliver Imfeld

Persönlich
Geboren: 1968
Wohnort: 6047 Kastanienbaum
Zivilstand: verheiratet
Beruf: Unternehmer

Fragen und Antworten
Was haben Sie immer im Kühlschrank? Wasser, Schokolade und Käse

Mit wem würden Sie gerne einen Kaffee trinken gehen? Adolf Ogi

Welche Persönlichkeit beeindruckt Sie? Christoph Blocher

Was oder wer bringt Sie zum Lachen? Meine Frau

Meine politischen Schwerpunkte
«Freiheit und Sicherheit sind die Grundpfeiler unseres Wohlergehens unserer Nation und deren Bevölkerung. Freiheit heisst, dass der Wille der Bevölkerung auf alle Fälle zählt und Volksentscheide im Sinne unserer Neutralität und Sicherheit umgesetzt werden sollen.»

«Gute Verhältnisse mit unseren Nachbarn und anderen Ländern sind die Voraussetzung für das Wohlergehen. Aussenpolitik hat aber zuerst die Interessen der eigenen Nation zu berücksichtigen und mit einer konsequenten Haltung zu verteidigen, dass wir als unabhängiger Staat unseren Weg gehen.»

«Ein Staat hat durch gute Rahmenbedingungen den Nährboden für Innovation und eine florierende Wirtschaft zu schaffen. Eine Überregulierung, wie sie derzeit festzustellen ist, hemmt aber Innovation. Die Energiestrategie 2050 ist ein Beispiel von unnötiger Überregulierung.»

«Ich kandidiere für die SVP, weil mir 30 Jahre Aufbauarbeit einer international bekannten Schweizer Marke, aber auch Erfahrung in der Arbeit mit internationalen Organisationen gezeigt haben, dass es sich lohnt sich für sein Land und für die Werte der Schweiz einzusetzen und nur noch die SVP das Wohlergehen unseres Landes konsequent verfolgt.»

Die SVP will das nicht. Sie will eine weltoffene und erfolgreiche Schweiz, die ihre Stallordnung selber macht. Ohne Wenn und Aber. Dafür lohnt es sich, sich zu engagieren und die SVP zu unterstützen, weil sie noch die einzige Partei ist, die für eine souveräne und eigenständige Schweiz eintritt.

Mein Dank vor diesen wichtigen Herbstwahlen gilt allen Kandidatinnen und Kandidaten, unserem Ständeratskandidaten Franz Grüter, unserer Parteipräsidentin Angela Lüthold, unserem Wahlkampfleiter Marco Frauenknecht und allen Mitkämpfern. Lassen Sie sich nicht von der Klimadebatte verunsichern. Wir von der SVP sind sowieso von Natur aus grün, wie unsere Vroni Thalmann treffend formulierte. Weil wir zu unserer Natur und zur Heimat Sorge tragen. Aber eben als Praktiker. Unsere Bauern produzieren in der Region gesunde Lebensmittel.

«Schwinigs statt Sushi» – «Urdinkel statt Tofu» – «Äpfel statt Mango» sind unsere Antworten in der heissen Diskussion. Und auf jeden Saustall eine Solaranlage, damit wir unabhängig vom Erdöl werden. Das machen unsere Bauern und KMU sowieso!
Linksgrün bewirtschaftet das Thema Klima so intensiv, weil sie mit ihren linken Postulaten einfach nicht mehr ernst genommen werden. Weil es glücklicherweise so vielen Menschen wirtschaftlich in der Schweiz so gut geht, glaubt ihnen niemand, dass man Marktwirtschaft und Kapitalismus überwinden muss. So steht es als Originalzitate im SP-Parteiprogramm.

Weltweit ist die Klimadebatte auf dem Sorgenbarometer zwischen Mexiko und Indonesien weit hinten zu finden. Diese Menschen haben andere Sorgen. Deshalb halten wir den Kurs. Es geht um die Bewahrung unserer einzigartigen Schweiz. Für unsere Eigenständigkeit. Wir wollen unsere Rechtsordnung selber bestimmen. Alles andere ist Beilage. Das hat Priorität!

Herzliche Gratulation, liebe Eidgenossen, zu unserer Heimat. Bewahren wir sie gut!

Paul Winiker,
Regierungspräsident Kanton Luzern

Nationalfeiertag und Wahlauftakt zu den Stände- und Nationalratswahlen

Weder ein gesichertes politisches Amt noch einen Sold gab es für die Kandidatinnen und Kandidaten. Dafür einen Sonnenaufgang über Luzern und die Weitsicht Richtung Berner Alpen, welche unvergesslich bleibt.

Auch wenn mit 4.00 Uhr der Tag bei den meisten Anwesenden ungemütlich früh anfing, waren die müden Gesichter bereits während der Luftseilbahnfahrt auf den höchsten Luzerner, das Brienzer Rothorn (2350 m ü. M.) wachgerüttelt. Die Gesellschaft genoss den einzigartigen Sonnenaufgang über 693 Gipfeln sowie die Aussicht auf den Brienzersee und den Eisee.
80 Tage bis zu den Wahlen, begrüsste Lokalmatadorin Vroni Thalmann die Gäste und Wahlkampfleiter Marco Frauenknecht eröffnete bei diesem Panorama den Wahlkampf.
Weitsicht, Sonnenaufgang, Klarheit, Besonnenheit und die Motivation, für diese schöne einzigartige Schweiz einzustehen. Das sind Eigenschaften, welche ein Ständerat, eine Nationalrätin oder ein Nationalrat mitzubringen hat. Anschauungsunterricht auf höchster Ebene! Sichergestellt durch die Schweizerische Volkspartei.

Für den Kanton Luzern in den Nationalrat

Liste 2

Willi Knecht

Persönlich

Geboren: 1964
Wohnort: 6123 Geiss
Zivilstand: verheiratet
Beruf: Landwirt
Kinder: 4

Fragen und Antworten

Was haben Sie immer im Kühlschrank? Rohessspeck aus eigener Produktion, Milch und würziger Emmentaler aus der Dorfkäserei

Mit wem würden Sie gerne einen Kaffee trinken gehen? Gölä

Welche Persönlichkeit beeindruckt Sie? Meine Frau Martha, mit der ich seit über 30 Jahren verheiratet bin. Wie sie Tag für Tag «den Laden schmeisst», alles zusammenhält und mir immer den Rücken freihält, ist einfach nur beeindruckend.

Was oder wer bringt Sie zum Lachen? Es sind vor allem Situationen aus dem Alltag, die mich zum Lachen bringen.

Meine politischen Schwerpunkte

«Die Landwirtschaft und nachgelagerte Betriebe machen rund 10 % der Wirtschaftsleistung des Kantons Luzern aus. Sie und die Randregionen brauchen eine starke Vertretung in Bern. So stehe ich ein für eine produzierende, zukunftsfähige Landwirtschaft mit weniger Bürokratie und Bevormundung.»

«Für eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung und für eine eigenständige Zukunft unserer Schweiz und wehre mich entschieden gegen einen EU-Beitritt der Schweiz. Ich sage auch klar Nein zum Rahmenabkommen.»

«Für die Stärkung des dualen Bildungssystems mit stabilen Berufslehren und ohne überbordende Reformitis.»

«Ich kandidiere für die SVP, weil die SVP eine Politik der Vernunft betreibt und die Landwirtschaft und Randregionen nicht vernachlässigt.»

Angela Lüthold-Sidler

Persönlich

Geboren: 1957
Wohnort: 6207 Nottwil
Zivilstand: verheiratet
Beruf: Unternehmerin, dipl. Gemeindeschreiberin
Kinder: 3

Fragen und Antworten

Was haben Sie immer im Kühlschrank? Milchprodukte, Fleisch, Obst, Gemüse

Mit wem würden Sie gerne einen Kaffee trinken gehen? Tom Cruise, weil er in seinen Filmen die meisten waghalsigsten Stunts selber ausgeführt hat

Welche Persönlichkeit beeindruckt Sie? Mein Vater, weil er mit Nichts, aus Überzeugung und mit viel Einsatzwillen ein vielseitiges Unternehmen aufgebaut hat. Die Familie war ihm immer sehr wichtig und in wegweisende Entscheide wurden wir miteinbezogen. Seine Motivation und Begeisterungsfähigkeit waren ansteckend. Ein ehrenhafter Mann, der zu seinem Wort stand und seine Werte aus Überzeugung lebte. Auch dann, wenn es gesellschaftlich einfachere Wege gegeben hätte. Für mich ein grosses Vorbild.

Was oder wer bringt Sie zum Lachen? Mein Grosskind, das so wunderschön unbeschwert durch das Leben geht. Oftmals auch Kleinigkeiten, die einfach unerwartet passieren.

Meine politischen Schwerpunkte

«Freiheit bedeutet die Richtung selbst bestimmen zu können und unabhängig zu bleiben. Die Sicherheit ist die Basis unserer Freiheit.»
«Gute Rahmenbedingungen für den Werkplatz Schweiz, insbesondere für die KMUs sind unabdingbar. Dem Überregulierungswahn kann ich überhaupt nichts abgewinnen. Es ist unsere Innovationskraft, die unseren Wohlstand sichert.»
«Die Eigenverantwortung ist zu stärken und der Staat hat sich kostenbewusst zu verhalten. Gesunde Finanzen, weniger Steuern und Abgaben fördern den Konsum und die Wirtschaft.»

«Es sind die Jahrringe unserer Bäume, die wir in unserer Sägerei verarbeiten, die von der jahrelangen Erfahrung berichten. Auch ich darf auf lehrreiche Jahre im Unternehmertum mit 40 Angestellten und in der Politik zurückblicken. Dieses Wissen und meine Werte werde ich in die nationale Politik einbringen.»

Vroni Thalmann-Bieri

Persönlich

Geboren: 1969
Wohnort: 6173 Flühli
Zivilstand: verheiratet
Beruf: Kaufm. Bankangestellte / Bäuerin / Sozialamt
Kinder: 3

Fragen und Antworten

Was haben Sie immer im Kühlschrank? Fleisch aus der Region, Milch unserer Kühe, von der Spezialitäten Käserei AG Joghurt, Käse und Tommli

Mit wem würden Sie gerne einen Kaffee trinken gehen? mit Toni Brunner und Peter Föhn

Welche Persönlichkeit beeindruckt Sie? Joel Wicki, Schwinger aus dem Entlebucher Schwingerverband

Was oder wer bringt Sie zum Lachen? Ironie und bis jetzt immer wieder Emil Steinberger

Meine politischen Schwerpunkte

«Traditionen sind weiterhin zu erhalten.»

«Kosten im Gesundheitswesen dürfen nicht mehr in diesem Masse steigen. Das gilt es sinnvoll zu prüfen und umzusetzen.»

«Weniger ist mehr und mit einem ‹Gäh und Näh› kann es zum Erfolg führen. Allenfalls kann es auch kommen, dass eine Kürzung notwendig wird.»

«Ich kandidiere für die SVP, weil ich für die Schweiz einstehen möchte. Ich bin von Natur aus grün und stehe für die Familie, Freiheit und direkte Demokratie ein.»

Liste 20 – Die Liste der Jungen SVP

Kilian Kunz

1999
Dagmersellen, Wahlkreis Willisau
Kaufmann

Rahel Schnyder

1997
Schachen, Wahlkreis Luzern-Land
Kauffrau

Yannik Schuitemaker

1996
Kriens, Wahlkreis Luzern-Land
Student

David Vonlaufen

1994
Willisau, Wahlkreis Willisau
Kundenberater

Patrick Zibung

1994
Luzern, Wahlkreis Luzern-Stadt
Kaufmann, BWL-Student

Liste 29 – Die Liste von Büezern und Bauern der Jungen SVP

Die JSVP im Kanton Luzern ist eine Jungpartei, die mit beiden Füssen auf dem Boden steht und sich in der Realpolitik versucht einzubringen. So sind unsere Mitglieder oftmals in den Ortsparteien der SVP aktiv und nehmen in den Gemeinden ihre Verantwortung als Parlaments- oder Kommissionsmitglieder wahr. Auch beruflich sind unsere Kandidaten bodenständig unterwegs. Studenten der Fächer Gender Studies, Freie Künste oder von anderem linken Unsinn sucht man bei uns vergeblich. Anpacken ist bei uns die Devise. So haben wir Anfang Jahr beschlossen, dass wir die Verkehrsprobleme im Kanton Luzern anpacken wollen und haben die Antistauinitiative lanciert. Die arbeitende Bevölkerung soll mehr von der Freizeit haben und weniger im Stau stehen. Nicht für linksgrüne Egoisten, sondern für den arbeitenden Mittelstand setzen wir uns ein.

Stefan Aletz
2000
Luzern, Wahlkreis Luzern-Stadt
Fachmann Betriebsunterhalt i. A.

Lukas Biegger
1999
Ufhusen, Wahlkreis Willisau
Landwirt

Reto Birrer
1996
Flühli, Wahlkreis Entlebuch
LKW-Mechaniker

Marco Imfeld
1992
Kriens, Wahlkreis Luzern-Land
Logistiker

Fabian Klein
2001
Kriens, Wahlkreis Luzern-Land
Elektroplaner

Pascal Räber
1991
Nottwil, Wahlkreis Sursee
Dipl. Hotelier-Restaurateur HF

Andreas Solyom
1991
Luzern, Wahlkreis Luzern-Stadt
Taxifahrer

Sven Wicki
1990
Kriens, Wahlkreis Luzern-Land
Kältemonteur

Pascal Wyss
1986
Sempach, Wahlkreis Sursee
Automechaniker

Wählen Sie die Jungen der SVP – ihnen gehört die Zukunft!

Ihre Unterschrift gegen den täglichen Stau!

Als Jungpolitiker haben wir mit Fehlentwicklungen noch lange zu leben. Wichtige Entscheide für die Zukunft werden jetzt gefällt. Damit wir uns weiterentwickeln können, brauchen wir gute Rahmenbedingungen, wozu auch eine angemessen ausgebaute Strasseninfrastruktur zählt.

Autos und Lastwagen bleiben ein wichtiger Bestandteil einer funktionierenden Volkswirtschaft!

Unser Leben spielt sich nicht wie bei den Linken innerhalb enger Radien ab. Für Freizeitaktivitäten und Beruf sind wir auf zügiges Vorwärtskommen mit dem Auto angewiesen. Entscheide oder eben Nicht-Entscheide von heute schränken unsere Freiheit und unsere Möglichkeiten von morgen ein. Heute sind wir Angestellte, Lehrlinge oder Studenten, die theoretisch auf ein Auto verzichten können, aber morgen sind wir die Unternehmer und Gewerbetreibenden, deren Geschäfte auf die individuelle Mobilität angewiesen sind.

Unabhängig vom aktuellen Zeitgeist und von der Infragestellung des Strassenverkehrs wird das Auto und der Lastwagen immer ein wichtiger Bestandteil einer funktionierenden Volkswirtschaft sein. Auch Elektrofahrzeuge brauchen Verkehrsflächen und die Nachfrage nach individueller Mobilität wird schlagartig steigen, sobald autonomes Fahren gesellschaftsfähig wird. Darauf soll der Kanton Luzern vorbereitet sein, indem bereits heute das Volk mit unserer Initiative Druck aufsetzt und die passende Infrastruktur einfordert. Deshalb hat die JSVP Kanton Luzern entschieden die Luzerner Antistauinitiative zu lancieren. Nach langer Planungs- und Entscheidungsphase haben wir einen wasserdichten Initiativtext ausgearbeitet und Mitte Februar mit der Unterschriftensammlung begonnen. Von vielen Seiten werden wir beim Unterschriftensammeln unterstützt, wissen aber dennoch, dass es gegen Ende der Sammelfrist jeweils eng werden kann. Daher wollen wir jetzt Vollgas geben und sind auf Ihre Unterstützung angewiesen.

Liste 28 – die Frauenliste

Wählen Sie SVP-Frauen für Stadt und Land! Es braucht mehr bürgerliche Frauen, die sich in Bern für Freiheit und Sicherheit einsetzen. Dieses Jahr sind wir Frauen bereit, erstmals mit eigener SVP-Frauen-Liste für Stadt und Land in die Nationalratswahlen vom Herbst 2019 zu ziehen. Wir Frauen wollen uns für die Schweiz einsetzen, für den Föderalismus. Und wir sind gegen die Bevormundung durch die EU mit dem Rahmenabkommen.

Andrea Baumgartner
1977
Hintermoos, Wahlkreis Willisau
Bäuerin

Gisela Billich
1968
Wauwil, Wahlkreis Willisau
Leitung Finanzen, Berufsbeistand

Brigitte Binggeli
1960
St. Erhard, Wahlkreis Sursee
Inhaberin Kosmetikstudio

Michèle Binggeli
1985
Kriens, Wahlkreis Luzern-Land
Juristin

Eveline Dahinden
1962
Geuensee, Wahlkreis Sursee
Unternehmerin

Monika Meier
1963
Grosswangen, Wahlkreis Sursee
Hausfrau, Geschäftsfrau, Gemeinderätin

Tamara Meyer
1976
Luzern, Wahlkreis Luzern-Stadt
Hausfrau, Detailhandelsfachfrau

Lisa Zanolla
1970
Luzern, Wahlkreis Luzern-Stadt
Unternehmerin

Evelyne Zumhof
1975
Richenthal, Wahlkreis Willisau
dipl. Pflegefachfrau HF

Wir Frauen stehen ein:

- Für die Familie, damit sie Familie bleiben darf ohne mehr Steuern und Abgaben.
- Für eine produzierende Landwirtschaft, damit die Ernährungskette kurze Wege hat.
- Für die KMUs und ihre wertvollen Lehrstellen.
- Für umweltbewusstes Handeln ohne Bevormundung.
- Für ein intaktes duales Bildungssystem.
- Für verträgliche Verkehrspolitik und gute Rahmenbedingungen für Gewerbe und Industrie.
- Für bezahlbares Gesundheitswesen mit weniger unnötigen Konsultationen.

Darum wählen Sie SVP-Frauen für Stadt und Land!

Liste 31 – die Liste der Internationalen und ihre Geschichten

Oliver Heeb, Luzern, 1964, Mitarbeiter Sicherheit & Prävention
Berufsabschluss als Landwirt. Danach Studien in Ethnologie, Politologie und Agrarwirtschaft. Seit Juni 2019 Grosser Stadtrat, Stadt Luzern. Studienaufenthalte und Weiterbildungen in Bolivien, Peru, Argentinien und Israel.
Auslandeinsätze im Rahmen von OSZE, UN und Katastrophenhilfecorps in Kosovo, Mazedonien, Georgien, Mongolei und Israel.

Professor Nicolas Sztia, England, 1969
In England werde ich als Schweizer oft gefragt, warum ich überhaupt in England bin; es sei doch besser und schöner in der Schweiz. In London selber ist dies weniger der Fall. Im Grossen und Ganzen wird die Schweiz zwar positiv betrachtet, aber Neutralität und Bankgeheimnis werden kritisiert; die Staatsform der direkten Demokratie verstehen nur die wenigsten, wenn überhaupt. Die Tugenden der Schweizer, wie Pünktlichkeit und Fleiss, aber auch die Ausbildung der Schweizerinnen und Schweizer werden sehr geschätzt. Und natürlich verbindet die beiden Länder sonst noch vieles: Beide Länder sind sehr bodenständig. Auch schätzen beide gute Arbeit und Unternehmertum, lieben Freihandel und respektieren Eigentum. Beide haben eine lange demokratische Tradition: Grossbritannien ist die älteste Demokratie Europas, die Schweiz die älteste Demokratie auf dem Kontinent. In beiden Ländern haben die Menschen daher einen sehr starken Bezug zu ihrer Demokratie und zur Freiheit. Grossbritannien ist mit Brexit im Moment allerdings sehr mit sich selbst beschäftigt. Direkte Kommentare zur Schweiz sind seltener, aber es gibt durchaus Stimmen, welchen die Tradition der politischen Unabhängigkeit der Schweiz nicht entgangen ist: In einem Leserbrief im Daily Telegraph schrieb unlängst ein aufgebrachter Bürger, ob man sich in England eigentlich bewusst sei, in welch beschämender Weise sich die EU gegenüber der Schweiz verhält. Die Schweiz, so der Schreiber weiter, sei ein souveräner, unabhängiger Staat. Das Verhalten der EU sei arrogant, feindlich und schikanös. Wir müssen den Schweizern unsere Unterstützung zeigen und sie wissen lassen, dass die EU nicht in unserem Namen handelt. In einem weiteren Artikel legte ein Autor klar, dass die Briten doch auch mal die Schweizer fragen könnten, ob es denn eine gute Idee sei, mit der EU einen Vertrag zu machen, und lieferte die Antwort gleich nach: Nein, tut es nicht. Und letztlich sollten wir auch die Worte des jetzigen neuen Premierministers Boris Johnson nicht vergessen, welche er Ende Mai in Interlaken am Swiss Economic Forum im Hinblick auf das Rahmenabkommen an die Adresse der Schweiz richtete: «Gebt nicht auf, bleibt stark!» Dem gibt es nichts mehr hinzuzufügen …

Hans Peter Bieri,1965, New Delhi, Indien, als Botschaftsattaché in verschiedenen Länder tätig
Als Ehemann und Vater von drei Töchtern sowie über 30 Jahre im Ausland in verschiedenen Ländern beruflich tätig, haben meine Familie und ich immer versucht uns den Gegebenheiten unserer jeweiligen Gastländer anzupassen, ohne dass wir unsere Wurzeln und unsere Herkunft verleugnen mussten. Wir haben uns immer als Gäste gefühlt und uns auch so verhalten.
Ich wurde gefragt, wie die Schweiz in Indien wahrgenommen wird. Diese Frage kann nicht einfach so beantwortet werden, da es verschiedene Stufen der Bekanntheit gibt. Die Schweiz wird in der Regel von der indischen Bevölkerung als bevorzugte Feriendestination wahrgenommen. Aber auch als Flitterwochenziel von frisch verheirateten Paaren. Diese Beliebtheit ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die indische Filmindustrie, Bollywood genannt, zahlreiche Filme in unserem Land aufgenommen hat und somit einem grösseren Publikum zur Kenntnis gebracht wurde. Man schätzt an der Schweiz die Sauberkeit, die Ordnung sowie die Pünktlichkeit, aber auch die landschaftlichen Schönheiten. Es gibt aber auch die Industrie-Nation Schweiz,

Die SVP International setzt sich insbesondere für folgende Anliegen ein:

- Gewährleistung finanzieller Sicherheit für Schweizer im In- und Ausland
- Ausreichende konsularische Betreuung
- Internationales Denken statt EU-Hörigkeit
- Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz sicherstellen
- Klare Ausländerpolitik

welche in den Geschäftszirkeln in Indien bestens bekannt ist. Viele schweizerische Firmen haben nicht nur geschäftliche Beziehungen zu Indien, sondern auch eine oder mehrere Niederlassungen. Nebst den bekannten Branchen im Luxusgüter- und Foodbereich finden sich aber auch der Maschinenbau, die Pharma sowie weitere Dienstleistungsunternehmen, die vor Ort tätig sind. Nur als Beispiel und ohne Schleichwerbung: In vielen neueren Gebäuden in New Delhi finden sich Aufzüge einer bekannten luzernischen Aufzugs- und Fahrtreppenfirma. Aber auch auf Schokolade und Milchprodukte – von einer Firma aus dem Kanton Luzern – muss in Indien nicht verzichtet werden.

Die politische Schweiz ist wohl weniger bekannt als das Ferienland Schweiz oder die Industrienation Schweiz. Vielfach wird die Schweiz im Zusammenhang mit den zahlreichen internationalen Organisationen, den Sportorganisationen sowie den «guten Diensten» in der Presse erwähnt. Aber auch der Umstand, dass die Schweiz nicht der EU angehört, ist bekannt und wird auch entsprechend in den Medien vermerkt.

Peter Häberli, 1944, Göteborg, Schweden

In den 60er Jahren bin ich als gelernter Koch mit Jahrgang 1944 nach Schweden ausgewandert. In meiner beruflichen Karriere habe ich als Kleinunternehmer mehrere Restaurants und Bankette in Konferenzlokalitäten in Stockholm und Südschweden erfolgreich geführt. Heute lebe ich als pensionierter Restaurateur zusammen mit meiner Frau Nine in Göteborg, wo ich mich sehr heimisch fühle. Hingegen stört es mich, dass das nordische Sozialwesen grundsätzlich als Modell des Sozialstaates angeschaut wird, dabei langsam, aber sicher aus den Fugen gerät.

Die unkontrollierte Einwanderung nach Schweden führt zur Vernachlässigung der lokalen Bevölkerung, weil unser angespartes soziales Kapital für so viel mehr Menschen reichen muss. Dies hat zur Folge, dass in der Bildung, Altersvorsorge, Kinderbetreuung, öffentlicher Sicherheit und im Gesundheitswesen gespart wird, obwohl die Schweden jahrelang hohe Kosten und Steuern für diesen Sozialstaat gerne bezahlt haben. Die fehlende Wahlfreiheit im Gesundheitswesen und in der Kinderbetreuung sowie der Zwang zur bargeldlosen Gesellschaft führt zu mehr staatlichen Eingriffen in die Privatsphäre.

Der Missmut in der schwedischen Gesellschaft steigt! Dokumentiert durch die 1,5 Mio. Wähler, welche im Jahr 2018 die Schweden Demokraten als echte Alternative zu den etablierten Parteien gewählt haben. Obwohl der Wähleranteil fast 18 % erreicht hat, sind sie nicht in der Landesregierung vertreten! Dieser Affront ist in der direkten Demokratie nicht möglich. Tragen wir Sorge dazu!

Karl Bachmann, 1953, Trnava, Kroatien

Ich wurde 1953 geboren und lebe als Bürger von Luzern Entlebuch und Zürich in Trnava, Kroatien. Als Auslandschweizer lebe und arbeite ich seit langem in Kroatien. Durch meine Auslandeinsätze 1991–95 in Kroatien und Bosnien im Kriegsgebiet Slowenien und Posavina-Korridor lernte ich den Balkan und dessen Bevölkerung sehr gut kennen.

Für die Menschen in den Balkanstaaten repräsentiert die Schweiz Sicherheit, geordnete Verhältnisse mit einer einzigartigen direkten Demokratie ohne Korruption – kurz gesagt «paradiesische Verhältnisse».

SVP International, die Auslandschweizer-Sektion der SVP, wurde 1992 gegründet und verfügt über mehrere hundert Mitglieder auf allen Kontinenten.

Sie tritt bei den Nationalratswahlen in insgesamt zehn Kantonen mit eigenen Listen und Kandidaten an. Dies mitunter, um die Bedeutung der «Fünften Schweiz» sowie deren Anliegen und Interessen im Wahlkampf hervorzuheben. Rund jeder zehnte Schweizer lebt im Ausland.

Liste 7 – die Liste der Senioren

Die Bedeutung der Senioren in der schweizerischen Gesellschaft nimmt stetig zu. Aus diesem Grund sollen sie auch entsprechend in den zuständigen Parlamenten vertreten sein.

Die Aktiven Senioren Luzern setzen sich dafür ein, dass die Lebensqualität und die Würde der älteren Menschen gewahrt und gefördert wird. Sie setzt sich für eine gesellschafts- und wirtschaftsverträgliche soziale Sicherung für Senioren auf allen politischen Ebenen ein.

Dies soll dadurch erreicht werden, dass die älteren Menschen, soweit es möglich ist, vor gesellschaftlicher Ausgrenzung bewahrt werden. Die Alters- und Freiwilligenarbeit auf gesetzlicher und praktischer Ebene wirksam gestaltet wird. Die heute noch beruflich aktive Generation für die Altersfragen sensibilisiert wird und die Solidarität zwischen den Generationen gefördert wird.

Die Aktiven Senioren Luzern sind Mitglied im Schweizerischen Verband für Seniorenfragen. Über den Schweizerischen Seniorenrat sind sie damit Ansprechpartner des Bundesrates.

Die heutige Generation der Senioren hat durch ihre unermüdliche Aufbauarbeit massgeblich den gegenwärtigen Wohlstand der Schweiz geprägt. Deshalb soll ihre Würde gewahrt werden!

Bernhard Achermann
1959
Richenthal, Wahlkreis Willisau
Landwirt

Armin Brunetti
1946
Meggen, Wahlkreis Luzern-Land
Rentner

Räto B. Camenisch
1945
Kriens, Wahlkreis Luzern-Land
Arzt

Jörg Conrad
1945
Horw, Wahlkreis Luzern-Land
Intendant / Musiker

Hans Jörg Hauser
1947
Eich, Wahlkreis Sursee
lic. oec. HSG, Gemeinderat

Roland Habermacher
1951
Luzern, Wahlkreis Luzern-Stadt
Richter a. D.

Josef Kunz
1945
Grosswangen, Wahlkreis Sursee
Landwirt, alt Nationalrat

Erika Lauper
1947
Flühli, Wahlkreis Entlebuch
Rentnerin

Guido Müller
1958
Ebikon, Wahlkreis Luzern-Land
Eingliederungsberater

Luzern trotz Bevölkerungswachstum zu wenig Zuwachs für die Sitzverteilung

Wie viele Nationalräte ein Kanton stellen kann, wird anhand der Wohnbevölkerung berechnet. Für die kommenden Nationalratswahlen wird der Stand vom 31. Dezember 2016 herangezogen. Zur ständigen Wohnbevölkerung zählen nicht nur Stimmberechtigte, sondern die gesamte Wohnbevölkerung unabhängig ihrer Herkunft. Das heisst auch Ausländerinnen und Ausländer, die über eine einjährige Aufenthaltsbewilligung verfügen. Dem ist aber nicht genug, selbst Asylbewerber werden in die Berechnung mit einbezogen. Im Kanton Luzern beträgt der Anteil ausländischer Bewohner 17,9 % an der ständigen Wohnbevölkerung (2015). Je mehr Einwohnerinnen und Einwohner, unabhängig ob Ausländer oder Asylbewerber, umso grösser ist der nationalrätliche Einfluss in Bern. Vergebens mit einer Motion forderte man, dass die Anzahl der Sitze aufgrund der Zahl der Wahlberechtigten statt aufgrund der ständigen Wohnbevölkerung vergeben wird. Nicht mehr gezählt worden wären so Ausländer, Asylbewerber und Minderjährige.

In anderen Kantonen ist die Wohnbevölkerung wegen ausserordentlichem Zuzug von Ausländern stark gestiegen. Grotesk: Der Kanton Luzern verliert trotz Bevölkerungswachstum bei den Nationalratswahlen 2019 einen Sitz!

Roland Staub
Redaktor

Liste 30 – die Liste der LU-Biker (SVP)

Josefine Anderhub
1961
Beromünster

Christoph Arregger
1985
Rothenburg

Max Arregger
1955
Rothenburg

Walter Burri
1955
Sempach-Station

Roland Gehrig
1958
Schötz

Emil Grabherr
1947
Weggis

Erich Roos
1967
Weggis

Jana Pedone
1991
Luzern

Martin Waldis
1966
Vitznau

Wahlkampfleiter Marco Frauenknecht – Was sind die Ziele?

Sie sind vor kurzem als Vizepräsident in den Vorstand der SVP Kanton Luzern gewählt worden. Gut gestartet? Was motiviert Sie an diesem Amt?
Ja, ich bin in der Geschäftsleitung und der Parteileitung gut und herzlich empfangen worden. Die Arbeit als Vizepräsident habe ich sofort aufgenommen und konnte bereits einige Projekte und Aufgaben übernehmen und bearbeiten. Mich motiviert dieses Amt, um zu Gunsten unseres schönen Kantons mit seiner Bevölkerung einzustehen. Selbstverständlich möchte ich unsere SVP in die Zukunft begleiten und meinen Beitrag dazu leisten.

Ein paar Wochen später sind Sie als Nachfolger von Fredy Winiger neuer Wahlkampfleiter. Wie kam es dazu?
Da der amtierende CVP-Gemeindepräsident von Hohenrain aufgrund der Ereignisse um seine Person die Amtsgeschäfte nicht vollständig wahrnehmen konnte, musste unser SVP-Kantonsrat und SVP-Wahlkampfleiter Fredy Winiger die Funktion des SVP-Wahlkampfleiters per sofort abgeben, damit er wichtige Ressourcen in die massiven zusätzlichen Aufgaben als Vizegemeindepräsident von Hohenrain freimachen konnte. Ich war seit geraumer Zeit im aktuellen Wahlkampfteam stark involviert, sei es als Wahlbotschafter oder mit der Organisation der Wahlkampftour 2019. Somit hatte ich alle Informationen sowie das Netzwerk für eine lückenlose Übergabe für diese wichtige Funktion. Dank Fredy Winigers hervorragender Arbeit in den letzten zwei Jahren konnte ich sehr schnell diese Zügel in die Hand nehmen. Besten Dank, Fredy Winiger!

«Nach über 170 Jahren Vorherrschaft von CVP und FDP muss ein neuer Wind in die Luzerner Ständeratsvertretung. Franz Grüter ist eine herausragende Persönlichkeit.»

Frauen, Männer, Jung und Alt. Bekannte Politiker und Newcomer stehen auf der Hauptliste. Zufrieden mit dieser Auswahl?
Sehr zufrieden! Wir haben eine sehr breite Auswahl an Kandidaten aus allen Bevölkerungsschichten und Teilen des Kantons Luzern.

Zusätzlich präsentiert sich die SVP mit einer Frauenliste, einer Seniorenliste und einer Liste mit der JSVP. Wie wichtig sind diese Listen für die Partei?
Dass wir neben unserer Hauptliste auch mit einer Frauenliste, einer Seniorenliste, einer SVP-International- und sogar zwei JSVP-Listen in die Wahlen gehen, zeigt noch einmal mehr, dass wir sehr gut abgestützt in diese Herbstwahlen gehen. Eine Listenverbindung ist immer ein Gewinn! Mancher Vorwurf, dass wir frauenfeindlich und überaltert sind, stimmt absolut nicht. Wenn man unsere Listen anschaut, sieht man das Gegenteil und das freut nicht nur mich als Wahlkampfleiter!

Bekanntlich wird der Kanton Luzern einen Nationalratssitz verlieren. Das Ziel wird wohl heissen müssen, die bestehenden Sitze verteidigen, oder?
Natürlich, wir setzen alles in Bewegung, um diese drei Sitze halten zu können. Es wird eine zusätzliche Herausforderung mit den Schulterschlüssen der Mitteparteien FDP und CVP. Doch unsere geeinte SVP-Familie ist sich solche Herausforderungen gewohnt, jeder einzelne Kandidierende, jedes einzelne Mitglied und alle Freunde und Sympathisanten der SVP-Familie werden sich für unseren Kanton und unsere Heimat einbringen.

Wie schon vor vier Jahren verheiraten sich FDP und CVP und werden sich gegenseitig bei den Wahlen unterstützen. Für eine bürgerliche Ehe fehlt die SVP!?
Sie sagen es, eine bürgerliche Ehe, mit der zurzeit herrschenden Politik von FDP und CVP frage ich mich, was da noch bürgerlich ist. So sei es. Für die SVP heisst dies einmal mehr alle Hebel in Bewegung zu setzen und zu unseren Wählern wie unseren Sympathisanten Sorge zu tragen und allen zuzuhören. Denn nur ein Zuhören und ein Verstehen, was der Bürger will, ist zielführend. Einigkeit und Glaubwürdigkeit! Die SVP-Familie und ihre Kandidierenden stehen gemeinsam ein für unsere Bevölkerung in unserem schönen Kanton und der Schweiz. Frei und sicher; mit dieser Motivation gehen wir geeint in die nationalen Wahlen.

Die FDP und CVP haben jüngst bei der Verteilung der Departemente in der Regierung gemeinsame Sache gemacht und den ehemaligen Finanzdirektor Marcel Schwerzmann aus seinem Amt gezwungen. War und ist das noch immer in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger? Hat das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Regierung gelitten?
Ja, ich denke, dass die Bürgerinnen und Bürger dies nicht vergessen haben. Vor allem wenn man bedenkt, welch gute Arbeit RR Marcel Schwerzmann für die Finanzen im Kanton geleistet hat. Ob das Vertrauen gelitten hat, wird sich in der nahen Zukunft zeigen. Die SVP wird aber noch einmal mehr ganz genau hinschauen, um für den Schutz unserer Wähler bereit zu sein.

Die SVP kämpft mit Nationalrat Franz Grüter um einen Sitz im Ständerat. Wieso schafft es die SVP Kanton Luzern, erstmals einen Sitz in der kleinen Kammer zu gewinnen?
Nach über 170 Jahren Vorherrschaft von CVP und FDP muss ein neuer Wind in die Luzerner Ständeratsvertretung. Franz Grüter ist eine herausragende Persönlichkeit, die sich nach einer Lehre als Lastwagenmechaniker zu einem der weltweit bedeutendsten Unternehmer für Datensicherung hochgearbeitet hat und entsprechend schweizweit Anerkennung geniesst. Beruflich noch immer sehr aktiv, hat Franz Grüter gleichzeitig einen ausgesprochenen politischen Spürsinn für die Anliegen und Bedürfnisse der Luzerner Bevölkerung. Franz Grüter nicht in den Ständerat zu wählen wäre ein grosses Versäumnis!

Zwei bekannte FDP-Frauen gehörten dem Komitee von Franz Grüter an. Eine ist nach turbulenten Medienberichten wieder ausgetreten. Versteht das der Wahlkampfleiter der SVP?
Nein, da ich als Krienser die angesprochene Person kenne, hat mich das sehr überrascht. Sie wird ihre Gründe haben, sei dies privater oder politischer Natur. Doch die Antworten aus dem gemachten Interview zeigen, in welche Richtung es geht. Wir setzen mit Nationalrat Franz Grüter auf eine breite Zustimmung für diesen freiwerdenden Sitz im «Stöckli».

Buchrain	13.09.2019
Dierikon	13.09.2019
Ebikon	13.09.2019
Gisikon	13.09.2019
Honau	13.09.2019
Root	13.09.2019
Beromünster	14.09.2019
Hildisrieden	14.09.2019
Eich	14.09.2019
Schenkon	14.09.2019
Wolhusen	14.09.2019
Meggen	17.09.2019
Altbüron	20.09.2019
Pfaffnau	20.09.2019
Roggliswil	20.09.2019
Wikon	20.09.2019
Büron	21.09.2019
Geuensee	21.09.2019
Rickenbach	21.09.2019
Schlierbach	21.09.2019
Triengen	21.09.2019
Aesch	27.09.2019
Ermensee	27.09.2019
Hitzkirch	27.09.2019
Schongau	27.09.2019
Altwis	27.09.2019
Sursee	28.09.2019
Emmen	28.09.2019
Grosswangen	28.09.2019
Menznau	28.09.2019
Nebikon	04.10.2019
Reiden	04.10.2019
Fischbach	04.10.2019
Ebersecken	04.10.2019
Dagmersellen	04.10.2019
Grossdietwil	04.10.2019
Flühli	11.10.2019
Werthenstein	11.10.2019

Angaben ohne Gewähr, Änderungen möglich! Aktuelle Daten und genauere Angaben zu Ort und Zeit finden Sie auf **www.svplu.ch**

Wir freuen uns, Sie begrüssen zu dürfen!

Die SVP interessiert sich für die Anliegen der Bevölkerung und pflegt den Kontakt zum Gewerbe, zur Landwirtschaft sowie zu den Senioren und Jungen.
Unsere Volksvertreter wollen wissen, «wo der Schuh drückt», und stehen Ihnen Red und Antwort. Nutzen Sie die Gelegenheit, unsere Kandidatinnen und Kandidaten persönlich kennen zu lernen.

Wir freuen uns auf einen angeregten Austausch.
Alle sind herzlich eingeladen.

So wählen Sie im Kanton Luzern richtig!

1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert, darin finden Sie folgendes Material:

- Block mit vorgedruckten Nationalratskandidaten-Wahlzetteln (Listen)
- Kleines Couvert
- Ständeratswahlzettel
- Stimmrechtsausweis

2. Wählen Sie Ihre Nationalrätinnen und Nationalräte:

Trennen Sie die SVP-Liste vom Wahlzettel-Block ab.

3. SVP-Nationalratsliste ins kleine Couvert:

Legen Sie die SVP-Liste Nummer **2** unverändert ins kleine Couvert.

4. Wählen Sie Ihren Ständerat:

Schreiben Sie auf den leeren Ständeratswahlzettel den Namen des SVP-Ständeratskandidaten Franz Grüter. Lassen Sie die zweite Zeile leer. Das stärkt Franz Grüter.

5. Ständeratsliste ins kleine Couvert:

Legen Sie die Ständeratsliste zur Nationalratsliste ebenfalls ins kleine Couvert.

6. Stimmrechtsausweis unterschreiben:

Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.

7. Alles ins grosse Couvert:

Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen, so dass die Adresse der Gemeinde im Sichtfenster zu sehen ist. Wenn nötig, frankieren Sie das Couvert.
Und dann ab in die Post oder Einwerfen bei Ihrer Gemeinde.

8. Abschicken:

Couvert bis spätestens **17. Oktober** per A-Post aufgeben oder bis **18. Oktober** auf die Gemeinde bringen oder am **20. Oktober** an die Urne gehen.

Achtung!

- Legen Sie nur **eine** Nationalratsliste ins Couvert, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!
- Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!

1. Stimmcouvert öffnen und Unterlagen entnehmen.

2. Nationalrats-Wahlzettel SVP Liste 2 abtrennen.

3. Wahlzettel SVP Liste 2 ins kleine Couvert legen.

4. Ständeratsliste ausfüllen.

5. Ständeratsliste auch ins kleine Couvert legen.

6. Stimmrechtsausweis unterschreiben.

7. Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen.

8. Couvert auf die Post oder Gemeinde bringen.

Haben Sie Fragen zu den Wahlen? Gratis-Hotline: 0800 0 1291 0

Kostenlose kompetente Auskunft! Ab dem 13. September bis am 20. Oktober können Sie sich kostenlos über die National- und Ständeratswahlen 2019 informieren.
Wie wählt man richtig, wie kann man seine Stimme zugunsten der Schweiz am besten geltend machen?
Wir sind von Montag bis Sonntag von 09.00 bis 18.00 Uhr für Sie da. **Fragen per Mail: wahlen@svp.ch**

Für den Ständerat:

Für den Nationalrat: